

## Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung  
bei der Partei DIE LINKE

---

Nummer 3/17. Jg.

Mitteilungsblatt

Juli 2011

---

Zu diesem Heft:

In diesem Heft wird die im Mai-Heft begonnene Veröffentlichung von Materialien der Konferenz "Gefahren und Entscheidungen 1961" mit den Beiträgen von Anton Latzo, Hans-Werner Deim, Klaus Eichner und Kurt Laser abgeschlossen (wir bitten auch die Druckfehlerberichtigung auf S. 35 zu beachten). In Ergänzung des im vorigen Heft Publizierten äußern sich diese Beiträge vor allem zu bestimmten essentiellen Aspekten der Problematik - wie ihren welt- und militärpolitischen Zusammenhängen und Hintergründen, namentlich der US- und NATO-Strategie, deren konkreter militärischer, geheimdienstlicher und politisch-psychologischer Umsetzung und den realen Möglichkeiten und Erfordernissen, dem zu begegnen. Also Fragen, die in der regimeoffiziellen Propagandakampagne mit ideologischen Sprechblasen vernebelt oder einfach ausgeblendet werden.

Von der Konferenz "Militarisierung, Rüstung, Kriege - wohin geht Deutschland?" wird in diesem Heft der Vortrag von Claus Schreer über das neue Strategische Konzept der NATO abgedruckt (der auch zum Nachdenken über die welt- und militärpolitischen Folgen des "Falls der Mauer" anregt), aus der Reihe unserer Donnerstag-Veranstaltungen ein Beitrag von Heinz Karl über Kontinuität und Wandel des Thälmann-Bildes. Auf S. 36 findet sich die *vollständige* Einladung zur Konferenz "Das Erfurter Programm 1891. Historische Wirkung und aktuelle Bedeutung" am 8. Oktober 2011 in Berlin.

Heinz Karl

*Inhaltsverzeichnis*

Editorial	S. 1
Prof. Dr. Heinz Karl Zur Eröffnung der Konferenz "Gefahren und Entscheidungen 1961"	S. 3
Prof. Dr. Anton Latzo Zur Haltung der Warschauer Vertragsstaaten zu den Grenzsicherungs- maßnahmen der DDR vom 13. August 1961	S. 6
Generalmajor a. D. Hans-Werner Deim Die militärpolitische Situation 1958 bis 1961 und Nachwirkungen für das Militärwesen	S. 10
Oberst a.D. Klaus Eichner Geheimdienste und Sicherung der Staatsgrenze der DDR	S. 16
Dr. Kurt Laser Ist die verweigerte Einreise nur eine moralische Frage?	S. 19
Claus Schreer Das neue Strategische Konzept der NATO	S. 22
Prof. Dr. Heinz Karl Kontinuität und Wandel des Thälmann-Bildes	S. 29
Donnerstag-Veranstaltungen des Arbeitskreises	S. 35
Druckfehlerberichterung zu Nr. 2, Mai 2011	S. 35
Einladung zur Konferenz "Das Erfurter Programm 1891. Historische Wirkung und aktuelle Bedeutung" am 8. Oktober 2011 in Berlin	S. 36

---

Impressum:	Die GeschichtsKorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt - in der Regel per E-Mail. E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de Neue Interessenten teilen bitte ihre E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit. Interessenten ohne E-Mail-Adresse sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion. Die GeschichtsKorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.
Herausgeber:	Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.
Redaktion:	Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.) Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Oktober 2011.

Prof. Dr. Heinz Karl

## Zur Eröffnung der Konferenz "Gefahren und Entscheidungen 1961"

Es ist sicher unstrittig, dass der 13. August 1961 ein bemerkenswertes historisches Datum ist, ein Ereignis, in dem langfristige widersprüchliche Entwicklungen von epochaler Dimension und großer Tragweite aufeinander prallten. Deshalb kann man nicht leugnen - wenn man nicht in Demagogie verfallen will -, dass sich dieser objektive Sachverhalt in sehr unterschiedlichen bis äußerst gegensätzlichen Sichtweisen niederschlagen muss. Jedoch dominiert hierzulande - vom gesellschaftlichen Establishment und Regime *verordnet* - eine völlig einseitige, allein interessengeleitete Sicht auf dieses Ereignis, die damals ad hoc produziert und auch *sofort* widerlegt wurde.

Am 16. August 1961 stellten der Schriftsteller Günter Grass und der umtriebige "Frontstadt"-Publizist Wolf-Dietrich Schnurre vorlaut und aufdringlich an DDR-Schriftsteller das Ansinnen, "das Unrecht vom 13. August beim Namen zu nennen". Stephan Hermlin antwortete ihnen am nächsten Tage: "Von welchem Unrecht sprechen Sie? Wenn ich Ihre Zeitungen lese und Ihre Sender höre, könnte man glauben, es sei vor vier Tagen eine große Stadt durch eine Gewalttat in zwei Teile auseinandergefallen. Da ich aber ein ziemlich gutes Gedächtnis habe und seit vierzehn Jahren wieder in dieser Stadt lebe, erinnere ich mich, seit Mitte 1948 in einer gespaltenen Stadt gelebt zu haben, in einer Stadt mit zwei Währungen, zwei Bürgermeistern, zwei Stadtverwaltungen, zweierlei Art von Polizei, zwei Gesellschaftssystemen, in einer Stadt, die beherrscht wird von zwei einander diametral entgegengesetzten Konzeptionen des Lebens. Die Spaltung Berlins begann 1948 mit der bekannten Währungsreform. Was am 13. August erfolgte, war ein logischer Schritt in einer Entwicklung, die nicht von dieser Seite der Stadt eingeleitet wurde."<sup>1</sup>

Stephan Hermlin unterstützte die Maßnahmen der DDR, weil sie "den Antiglobkestaat" festigten und darauf gerichtet seien, "den gefährlichsten Staat der Welt, die Bundesrepublik, auf ihrem aggressiven Weg zu bremsen"<sup>2</sup>. Hermlin verwies auf die ungebrochene Kontinuität der Entwicklung des deutschen Imperialismus, in der die BRD steht, indem er daran erinnerte, wie er den 30. Januar 1933 am Brandenburger Tor erlebt hatte, und folgerte: "Hätten damals am Brandenburger Tor rote Panzer gestanden, wäre der Marsch nach dem Osten nie angetreten worden, brauchten keine Eichmann-Prozesse stattzufinden ..."<sup>3</sup>

1961 kam der Imperialismus der BRD gegen den deutschen "Antiglobkestaat" nicht zum Zuge. Doch aufgeschoben war nicht aufgehoben. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, dem Verschwinden der sozialistischen Militärkoalition und der Liquidierung und Einverleibung der DDR begann eine neue Etappe deutscher imperialistischer Politik. Ihre Maximen wurden offen verkündet. Schon im Zusammenhang mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992, die erste Schlussfolgerungen aus dem vollzogenen Umsturz der internationalen Kräfteverhältnisse zogen, dozierte der Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann: "Es gibt nur zwei Währungen auf der Welt: Wirtschaftliche Macht und die militärischen Mittel, sie durchzusetzen."<sup>4</sup>

Zur vollen Entfaltung kamen die neuen Tendenzen mit der NATO-Aggression gegen Jugoslawien 1999. Zum dritten Mal im 20. Jahrhundert nach 1915 und 1941 bombardierten deutsche Streitkräfte Belgrad. Kaiserlich-deutschen Granaten und hitler-deutschen Bomben folgte ein Feuerhagel der Bundeswehr - deutlicher und *schlagender* konnte man die Kontinuität des deutschen Imperialismus und Militarismus wohl kaum

demonstrieren! War es nicht auch - wie die Zerstörung Jugoslawiens überhaupt - ein Racheakt für die heroische Bekämpfung und Vertreibung der deutschen Wehrmacht durch Titos Partisanen - diese "Terroristen"? In Auswertung dieses Aggressionskrieges erklärte der gleiche General Naumann, inzwischen Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, dies sei "der erste Koalitionskrieg in Europa im Informationszeitalter", und fügte hinzu: "Es wird ein nächstes Mal geben, obwohl ich nicht weiß, wann und wo." Das *Wesen* dieses Aggressionskrieges sah er darin, dass 19 NATO-Staaten dafür Krieg geführt hätten, "daß das Prinzip der Achtung der Menschenrechte wichtiger sei als das Prinzip der territorialen Integrität, das für das Völkerrecht seit dem Westfälischen Frieden von 1648 bestimmend war."<sup>5</sup> So wird das dreieinhalb Jahrhunderte geltende Völkerrecht und Völkerrechtsdenken - verbunden mit Namen wie Hugo Grotius, Samuel von Pufendorf, Gottfried Wilhelm Leibniz, Immanuel Kant und vielen anderen -, das nicht einmal Hitler und Ribbentrop *formell* in Frage stellten!, das die Grundlage der UNO-Charta bildet, einfach für obsolet erklärt und durch eine Politik der Willkür und des Faustrechts der Stärkeren ersetzt, wird ein Recht auf Intervention *usurpiert*, wie es die neokolonialen Interventionskriege gegen Afghanistan, den Irak und Libyen in der Praxis veranschaulichen.

Diese im Geltungsbereich des sogenannten "westlichen Wertesystems" dominierende Politik, in der sich eine vor nichts zurückschreckende Durchsetzung imperialistischer Interessen und die Missachtung, ja Verhöhnung völkerrechtlicher Normen vereinen, dazu die Verteidigung und Rechtfertigung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse im Inneren bedürfen einer Schein-Legitimation durch Demagogie und die Manipulation breiter Massen. Sie sollen vernebeln und verdrängen, dass die in dieser Bundesrepublik Deutschland herrschende Klasse - das Großkapital und die mit ihm verfilzten politischen, bürokratischen, militärischen und meinungsprägenden Machteliten - belastet ist mit der Verantwortung für zwei Weltkriege, zwölf Jahre faschistische Diktatur und sich anschließende, bis heute andauernde Verhinderung einer Alternative zu dieser katastrophalen Entwicklung. Die BRD hat dafür insbesondere in den Jahrzehnten des Kalten Krieges reiche Erfahrungen gesammelt und ein umfangreiches, vielfältiges und zweckmäßiges Instrumentarium entwickelt. Inhaltlich konnte sie weitestgehend auf dem *vorgefundenen* Antikommunismus, Nationalismus und Revanchismus aufbauen.

Inhalt und Methoden der ideologischen Einwirkung der BRD auf die Bevölkerung der DDR werden wohl am treffendsten durch die Charakteristik beschrieben, die Kurt Schumacher seinerzeit der Naziagitation gab: sie sei "ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen".<sup>6</sup> Und wenn Schumacher den Nazis bescheinigte, dass ihnen "zum erstenmal in der deutschen Politik die restlose Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen ist"<sup>7</sup>, so kann man nur konstatieren, dass auch auf diesem Fundament "zielführend" weiter gebaut wurde und wird. Parallelen und Ähnlichkeiten sind keineswegs zufällig. Bewährung als Nazi-Ideologe oder Nazi-Propaganda-Manager führten nicht nur in bundesdeutsche Redakteurs- und Chefredakteursessel - sie qualifizierten auch für das Amt des *Bundeskanzlers*.

Was aktuelle Schwerpunkte der regimekonformen Demagogie und Massenmanipulation angeht, sollten wir besonders vier im Auge haben.

**Erstens** den "Menschenrechtsimperialismus". Das heuchlerische, die Tatsachen frech direkt auf den Kopf stellende Hantieren mit den Begriffen Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit ist die Hauptmethode zur Bekämpfung nichtkapitalistischer und objektiv antiimperialistischer gesellschaftlicher Kräfte und Staaten. Es

dient nicht nur der perfiden Tarnung imperialistischer Machenschaften zur Zersetzung progressiver Bewegungen und Unterwühlung missliebiger Regime. Es dient unmittelbar der Motivierung zur Aggressionsbereitschaft und der Rechtfertigung imperialistischer Aggressionskriege. Außerdem dient es natürlich der Verschleierung und Verdrängung *der eigenen katastrophalen Defizite* auf den genannten Gebieten. Gerade der eklatante Gegensatz zwischen den lauthals verkündeten Postulaten und der schäbigen politischen und gesellschaftlichen Realität macht die Heuchelei und Verlogenheit der imperialistischen Politiker und Ideologen, ihr rein instrumentelles, zynisches Verhältnis zu den von ihnen apostrophierten Werten deutlich und warnt davor, ihren salbungsvollen Erklärungen auch nur eine Spur von Ernsthaftigkeit zu unterstellen.

Eine **zweite** reaktionäre und insbesondere die zunehmenden imperialistischen Kolonialkriege rechtfertigende, für deren Unterstützung motivierende Fundamentallüge ist die mit der Verfälschung und dem Missbrauch des *Terrorismus*-Begriffs verbundene, die in der Lüge vom angeblichen "Krieg gegen den Terror" kulminiert. Sie unterschlägt und vernebelt, dass Terror in dieser Welt vor allem von den USA und anderen imperialistischen Mächten ausgeht, ausgeübt oder veranlasst wird (häufig als "Staatsterrorismus" bezeichnet), wobei diese in die Fußtapfen der Faschisten und der japanischen Militaristen treten. Osama bin Laden, Al Kaida und sämtliche sogenannten "Terror-Netzwerke" fallen *im Vergleich* zu dieser (imperialistischen oder von Imperialisten veranlassten) *Terror-Masse* unter die Rubrik "Kleinkriminalität".

Eine besondere Infamie dieser imperialistischen Demagogie ist es, den legitimen *Widerstand* gegen imperialistischen Terror und imperialistische Unterdrückung mit den ("asymmetrischen") Mitteln, die den vom Imperialismus Terrorisierten und Unterdrückten *zur Verfügung stehen*, als "Terror" zu denunzieren (und damit zugleich den eigenen *realen* Terror scheinbar zu legitimieren). Auch hier bewegt man sich in *der Spur der Nazis*, die ihren Aggressoren- und Besatzerterror mit Hetze gegen "Heckenschützen" und "Flintenweiber" zu rechtfertigen suchten. Diese *faschistische* Hetze wurde nach 1945 von den imperialistischen Mächten im Kampf gegen die nationalen Befreiungsbewegungen fortgesetzt und wird in den heutigen kolonialen interventions- und Eroberungskriegen weitergeführt.

Unterschlagen wird, dass die USA und deren Geheimdienste (und die ihrer Vasallen wie Saudi-Arabien und Pakistan) in Afghanistan, Bosnien, Tschetschenien wirkende Terrororganisationen schufen und viele Jahre förderten - ebenso wie Israel die von ihm des Terrors beschuldigte Hamas.

**Drittens** geht es um die "Stasi"-Demagogie. Im Vordergrund steht sicherlich die Diffamierung der DDR-Staatssicherheit, des DDR-Staates, der DDR-Gesellschaft. Doch *Hauptmotiv* dürfte letztlich die *Verdrängung* sein: Davon ablenken, verdrängen, dass nach der *von ihnen vollzogenen Spaltung* Deutschlands und Berlins die BRD und ihr "Frontstadt"-Anhängsel über vier Jahrzehnte mit *allen*, auch den verwerflichsten Mitteln den Kalten Krieg gegen die DDR geführt haben.<sup>8</sup> Davon ablenken, verdrängen, dass die BRD von ihren Anfängen an ein Überwachungsstaat par excellence war, funktionierend und *geprägt* durch schwer belastetes Personal des Naziregimes.<sup>9</sup> Davon ablenken, verdrängen, in welchem Umfange in der BRD politische Verfolgung stattgefunden hat und stattfindet. Davon ablenken, verdrängen, in welchem Umfange dabei Unrecht begangen wurde - vor allem gegen Kommunisten (die von der großen Mehrheit der Bevölkerung, auch von der Mehrheit der politischen Linken im Stich gelassen wurden), aber bei weitem nicht nur gegen Kommunisten. Schließlich davon ablenken, verdrängen, in welchem Ausmaß der bundesdeutsche Staatsapparat - beson-

ders Polizei, Geheimdienste, Justiz - nazistisch verseucht war und *dass ihn das prägte*.<sup>10</sup>

**Viertens** gewinnt der demagogische Missbrauch des Antisemitismus-Begriffs, die Diffamierung der Kritik der Politik Israels (und der notwendigen kritischen Betrachtung des Staates Israel überhaupt) als "Antisemitismus" eine immer größere - und äußerst negative - Bedeutung. Der damit ausgeübte politische Druck und *Meinungsterror* soll die den völkerrechtlichen Gegebenheiten und allen einschlägigen UNO-Beschlüssen widersprechende Unterstützung der ununterbrochenen Kolonialisierung und ethnischen Säuberung *immer neuer* palästinensischer Gebiete und der immer weiteren Ausdehnung des israelischen Machtbereichs *erzwingen*. Er soll die Okkupations- und Aggressionspolitik Israels rechtfertigen und dient der ideologischen und psychologischen Kriegsvorbereitung, vor allem gegen Völker und Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, und der Durchsetzung der deutschen imperialistischen Nahostpolitik.

### Anmerkungen

1 Sonntag (Berlin), 27. August 1961.

2 Ebenda.

3 Ebenda.

4 isw-Grafik-Report Nr. 12, Januar 2009, S. 14.

5 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Oktober 1999.

6 Im Reichstag am 23. Februar 1932. In: Verhandlungen des Reichstags, V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, Sp. 2254.

7 Ebenda.

8 Vgl. GeschichtsKorrespondenz, Nr. 2/17. Jg., Mai 2011, S. 3 - 11.

9 Vgl. H. Karl: Zur Personalstruktur des MfS der DDR und des entsprechenden Behördensystems der BRD. In: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE, Heft 5/2010, S. 28 - 30.

10 Vgl. Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat/Wirtschaft/Armee/Verwaltung/Justiz/Wissenschaft, Berlin 1965; H. Karl: Rechtsextremismusdeutung als Regimeapologetik. In: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, H. 11/2000, S. 10 ff.; Ingo Müller: Furchtbare Juristen, (München 1989); Dieter Schenk: Die braunen Wurzeln des BKA, (Frankfurt a. M. 2003).

Prof. Dr. Anton Latzo

### Zur Haltung der Warschauer Vertragsstaaten zu den Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR vom 13. August 1961

Ich wurde gebeten, mich im Zusammenhang mit dem heutigen Thema zur Haltung der damaligen sozialistischen Staaten Europas (Warschauer Vertragsorganisation/WVO) zu äußern.

I.

Aus meiner Sicht kann man die Maßnahmen des 13. August nur richtig verstehen, wenn sie in die konkrete damalige historische Situation eingeordnet werden. Das geschieht leider nicht immer und immer seltener.

Historische Ereignisse werden zwar gewürdigt, es fehlt aber zumeist der historische Zusammenhang, oder wie man heutzutage sagt: der historische Kontext. Einzelne Er-

eignisse sagen aber nur wenig, wenn man sie nicht in die historischen Zusammenhänge stellt. Das trifft auch auf unser heutiges Thema zu.

Die zentrale Achse der internationalen Politik Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre war die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus/Imperialismus. Es war Klassenkampf - auch wenn mancher es so gerne verschweigt oder sogar unterschlägt.

Im Zentrum der Aktivitäten der imperialistischen Staaten standen Untergrabung, Destabilisierung, Zerstörung und letztendliche Beseitigung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse in den sozialistischen Staaten.

Angelpunkt der internationalen Politik der sozialistischen Staaten war die Sicherung des Friedens, als eine Kardinalfrage der weltweiten Klassenaueinandersetzung und unter den Bedingungen einer Eskalation der Konfrontationspolitik der kapitalistischen Großmächte.

Ende der 50er Jahre galt die imperialistische Politik des "Roll back bis hinter den Ural". Es galt der auf politische und militärische Konfrontation ausgerichtete Kurs der USA, der BRD und ihrer Verbündeten. Antikommunismus wurde groß geschrieben!

Der BRD ist es gelungen, durch ihre Mitgliedschaft in der NATO ihr Konzept der Revision der Nachkriegsordnung zum Bestandteil der NATO-Strategie zu machen. Sie hat zugleich ihr eigenes Potenzial zur internationalen Durchsetzung dieses Konzepts durch diese Mitgliedschaft bedeutend erhöht.

Seit zwölf Jahren war die Grenze der DDR zu Berlin-West und mehr oder weniger auch zur BRD offen!

## II.

Angesichts solcher Bedingungen haben die sozialistischen Staaten Europas im Ergebnis der Beratungen während der Tagung der Warschauer Vertragsorganisation vom März 1961, an der unter anderen auch die VR China teilnahm, darauf hingewiesen, dass Wettrüsten und Aufrüsten der Bundeswehr "um so gefährlicheren Charakter annehmen, als die Regierung Westdeutschlands nicht aufhört, territoriale Forderungen an andere Staaten zu stellen und revanchistische Propaganda unter der westdeutschen Öffentlichkeit zu betreiben. Westdeutschland wird zum wichtigsten Herd der Kriegsgefahr in Europa." (Dokumente zum Warschauer Vertrag, Berlin 1962, S. 140)

Es bestand also Übereinstimmung zwischen allen Mitgliedstaaten der WVO

- sowohl in der Beurteilung der Lage in Europa als auch
- hinsichtlich der Beurteilung der Politik der BRD und ihrer Regierung,
- aber auch hinsichtlich der Rolle Westberlins.
- Sie betonten, dass sie nicht tatenlos zusehen können, wie die imperialistischen Staaten ihre aggressiven Vorbereitungen intensivieren.
- Übereinstimmend zeigten sie auch den Ausweg. Sie wiesen
  - a) auf die Notwendigkeit hin, die Überreste des zweiten Weltkrieges zu beseitigen und
  - b) den Gefahrenherd Westberlin durch die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt zu entschärfen.

Von dieser Position ausgehend wurde übereinstimmend und eindeutig gesagt: "... angesichts der Situation, die sich aus den neuen Kriegsvorbereitungen der Westmächte ergibt, haben die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages im Laufe ihres

allseitigen Meinungs austausches die Maßnahmen vereinbart, die sie für notwendig halten, um ihre Verteidigungsfähigkeit weiter zu festigen und den Weltfrieden zu konsolidieren."

Es ging also nicht allein um die DDR und ihre Grenzen. Es ging auch um die Sicherheit der sozialistischen Staaten selbst, um die Unverletzlichkeit auch ihrer Grenzen und um die territoriale Integrität.

Für die Warschauer Vertragsorganisation und für jedes Mitglied ging es also auch darum, der eigenen Gefährdung entgegenzuwirken. Schließlich gab es Konzepte und konkrete Handlungen, die sozialistische Existenz dieser Staaten zu beseitigen.

Die BRD war dabei der einzige Staat in Europa, der territoriale Forderungen und eine Revision der bestehenden Grenzen zum Programm erhoben hatte. Der damalige Bundesminister Seehofer erklärte zum Beispiel am 9. Oktober 1960: "Die CSR, Polen und die SU sollen sich ja nicht der Hoffnung hingeben, dass wir das Land hinter Oder und Neiße abgeschrieben haben. Es geht um die Befreiung aller Völker in Mittel- und Osteuropa und um die Ausdehnung des christlichen Abendlandes auf ganz Osteuropa ..." (Wissen und Tat, 1960, Nr. 10, S. 10)

Angesichts der Gefährdungslage für die DDR war die Wahrnehmung der nationalen Interessen dieser Staaten in dieser Situation eng mit der Solidarität und mit der Identifizierung mit den Vorstellungen der DDR verbunden.

Davon ausgehend, ausgehend von dieser Übereinstimmung der Interessen und gestützt auf die Erklärung der Regierungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 13. August 1961 beschloss der Ministerrat der DDR a) zur Sicherung des europäischen Friedens und b) zum Schutz der Deutschen Demokratischen Republik sowie c) im Interesse der Sicherheit aller sozialistischen Staaten an den Grenzen der DDR einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eine solche Kontrolle einzuführen, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist. (Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Bd. IX, S. 151 ff.)

Diese Interessenübereinstimmung bestand auch hinsichtlich Westberlin, denn die von dort ausgehende "Wühlätigkeit schädigt nicht nur die DDR, sondern berührt auch die Interessen der anderen Länder des sozialistischen Lagers", wie es in der Erklärung hieß.

Die Haltung der behandelten Staaten zur DDR ergab sich in der gegebenen Etappe a) ausgehend von der Übereinstimmung in den nationalen Interessen, b) von den konkreten Erfordernissen des Kampfes um die Sicherung friedlicher Bedingungen in Europa und für den inneren Aufbau in den Ländern und c) in Verwirklichung der Erfordernisse des sozialistischen Internationalismus.

Davon ausgehend haben die Warschauer Vertragsstaaten nicht nur die bekannten Maßnahmen getroffen, sondern auch erklärt, "dass die Notwendigkeit dieser Maßnahmen fortfällt, sobald die Friedensregelung mit Deutschland verwirklicht ist und auf dieser Grundlage die spruchreifen Fragen gelöst sind". Die Westmächte und die BRD hatten also durchaus ein politisches Angebot, um den "Mauerbau" überflüssig zu machen - wenn sie es denn gewollt hätten.

### III.

Diese Fragen (Inhalte) wurden auch in den folgenden Jahren zum festen Bestandteil der koordinierten Außenpolitik der Staaten der Warschauer Vertragsorganisation. Sie



bestimmten weitgehend die multilateralen (KSZE-Prozess) und bilateralen Aktivitäten (bilaterale Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten) der Warschauer Vertragsorganisation und ihrer Mitglieder.

Gleichzeitig traten im Verlaufe der Jahre auch noch andere Probleme auf, die das außenpolitische Verhalten einzelner WVO-Staaten mit beeinflusst haben. Dazu zählte vor allem das Heranwachsen neuer Fragen besonders auf ökonomischem Gebiet und in den ökonomischen Beziehungen, die dazu führten, dass im Prozess der außenpolitischen Koordinierung und in der Außenpolitik einzelner Länder Positionen um sich griffen, die die vorherige weitgehende Übereinstimmung relativierten. Länder wie Polen, Rumänien, Ungarn und andere zeigten ein ausgeprägtes Interesse an westdeutschen Investitionen in ihren Ländern. Sie waren gleichfalls an Erleichterungen im Zugang zum Markt der BRD und über die BRD auch zu dem der EWG interessiert. Fragen der Zollvergünstigungen und ähnliches brachten es mit sich, dass die sozialistischen Staaten bereit waren, Zurückhaltung bei der öffentlichen Bewertung der Ziele der westdeutschen Politik an den Tag zu legen.

Das führte in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts dazu, dass diese Staaten zu einem Nachgeben in außenpolitischen Fragen gegenüber dem gewünschten Wirtschaftspartner BRD bereit waren. Diese "Bereitschaft" wurde seitens der BRD in dieser Zeit des Übergangs zur Politik des "Wandels durch Annäherung" zielgerichtet "gefördert" und durch eine Offensive in den Kulturbeziehungen und in der Pflege von Beziehungen zur "deutschen Minderheit" in diesen Ländern begleitet. Das führte dann zu solchen Ergebnissen, wie der Aufnahme diplomatischer Beziehungen Rumäniens mit der BRD, ohne die DDR oder andere Bündnispartner vorher über diese Absicht zu informieren. Auch andere sozialistische Länder haben den Status ihrer Vertretungen allmählich aufgewertet.

Auch wenn von den sozialistischen Staaten immer wieder versichert wurde, dass die "Nachsicht" nicht ihre Grundposition zur kapitalistischen BRD beeinträchtigt, können Reibungsverluste in der außenpolitischen Koordinierung nicht übersehen werden. Rückblickend waren die langfristigen evolutionären gesellschaftlichen und politischen Wirkungen besonders spürbar.

Es muss aber festgestellt werden, dass nicht ein Wandel der Interessen stattgefunden hat. Gewandelt haben sich der Wille und die Fähigkeit der Politik, diese Interessen a) in ihrer objektiven Gegebenheit wahrzunehmen und b) sie in politische Schritte umzusetzen.

Mit dem Abschluss der neuen Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, in denen die Grundfragen von Frieden und Sicherheit und der Haltung zur BRD erneut völkerrechtlich fixiert wurden, konnten klare Ausrichtungen für gemeinsame außenpolitische Positionen vereinbart werden. Sie waren auch von konzeptioneller Relevanz zum Beispiel im Zusammenhang mit der Ausformung des Konzepts für den Kampf um Europäische Sicherheit bzw. um die Einberufung und Durchführung der Europäischen Sicherheitskonferenz (siehe Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses in Warschau, Bukarest, Karlovy Vary usw.).

Sie konnten aber nicht verhindern, dass die gemeinsamen Grundlagen sich vor allem im Prozess der gemeinsamen bzw. übereinstimmenden Umsetzung manchmal äußerst kompliziert gestalteten.

## IV.

Die Probleme erwachsen auch auf diesem Gebiet langfristig aus der abnehmenden Fähigkeit der führenden Parteien, die Grundprozesse der sozialistischen Gesellschaft in ihrem objektiv bestehenden Zusammenhang rechtzeitig zu erkennen, diese Grundprozesse zu konzipieren und zu führen sowie die Klasseninteressen national und international zu bestimmen und organisiert für ihre Durchsetzung zu kämpfen.

Generalmajor a. D. Hans-Werner Deim

### **Die militärpolitische Situation 1958 bis 1961 und Nachwirkungen für das Militärwesen**

Ich war 38,5 Jahre Soldat der DDR und 35,5 Jahre Soldat des Warschauer Vertrages. In meinen Überlegungen und Erwägungen finden beide Ebenen Berücksichtigung. Erst mit wachsender Verantwortung erschlossen sich mir der Gesamtumfang sowie die Wirkung des von den USA und dem Westen aufgezwungenen militärpolitischen Prozesses, der die Bezeichnung Kalter Krieg erhielt, auf die Koalition, den Staat, die Gesellschaft und die Individuen.

Der 13. August 1961 fixiert eine der Schlachten dieses Krieges. Sie war für die Soldaten der DDR ein denkwürdiger Höhepunkt in ihrem Soldatenleben. Persönlich war ich operativer Offizier im Stab des Rostocker Mot.-Schützen-Regiments (MSR-28). Seine Einheiten erfüllten unmittelbar im Zentrum der Hauptstadt Sicherungsaufgaben für die Kräfte der Bereitschafts- und Grenzpolizei sowie der Kampfgruppen, die nachdrücklich die Staatsgrenze der DDR zu Westberlin markierten.

Nach dem Einsatz in Berlin nahm ich als Absolvent der Moskauer Frunse-Militärakademie den Entwicklungsweg eines operativ und strategisch geforderten Offiziers im Stab eines Militärbezirks und im Hauptstab der NVA. Nach dem Besuch der Akademie des Generalstabes hatte ich mich erneut im Truppendienst als Stabschef einer Mot.-Schützendivision zu bewähren. 1976 erfolgte mein Einsatz als Chef der Verwaltung Operativ des Hauptstabes, 1979 wurde ich Stellvertreter des Chefs des Hauptstabes für operative Fragen. Nach 1982 widmete ich mich der operativen Ausbildung der Befehlshaber, Kommandeure und Stäbe sowie der Gefechtsbereitschaft der Truppen.

Dieser Theorie- und Praxisfond führte mich zu der Erkenntnis, dass dem Entstehen der Erscheinungen und Ereignisse militärpolitischer Prozesse langfristige und situationsbedingte Ursachen zugrunde liegen. Die Konflikte nach dem Zweiten Weltkrieg waren das Ergebnis geopolitischer, geostrategischer und geoökonomischer Auseinandersetzungen zwischen den Konfliktseiten.

\* \* \*

Den USA und dem Westen ging es geopolitisch um die Beseitigung des Hindernisses UdSSR für ihre Europa- und Weltherrschaftsambitionen, geostrategisch um das tiefere Eindringen und die Kontrolle des osteuropäischen Raumes für die Herstellung transkontinentaler Verbindungen zwischen dem Atlantik und dem Pazifik sowie geo-

ökonomisch um die Erweiterung und Stabilisierung der zweiten ökonomischen Basis des westlichen Kapitalismus unter Einschluss der Rohstoffressourcen der UdSSR. Unsere Voraussicht dieser Zielstellungen, deren Realisierung zur Restauration des Kapitalismus in den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft führen sollte, bestätigen die Ende der 70er Jahre bekannt gewordenen Planungsdokumente Großbritanniens und der USA. Besonders aufschlussreich sind drei von ihnen:

*Erstens* der Plan des neuen, dann Dritten heißen Weltkrieges mit der Tarnbezeichnung "Unthinkable (Undenkbar)". Seine Erarbeitung hatte Churchill angewiesen und am 22. Mai 1945 von den Ausarbeitern erhalten. Der Plan begann im März 1945 Form anzunehmen. In dieser Zeit bereiteten sich die Truppen der 1. und 2. Belorussischen sowie der 1. Ukrainischen Front auf die Durchführung der letzten strategischen Angriffsoperation zur vollständigen Zerschlagung der Wehrmacht vor, die am 16. April begann. Der in Großbritannien erdachte Krieg sollte am 1. Juli 1945 beginnen. Erarbeiter und Begutachter warnten vor seinen großen Risiken; schnelle Erfolge könne es nicht geben.

Mit "Unthinkable" sollte der UdSSR der Willen der USA und Großbritanniens aufgezungen werden. Dazu wurden zwei Hauptschläge vorgesehen: der nördliche auf der Achse Stettin, Schneidemühl und Bydgoszcz sowie der südliche auf der Achse Leipzig, Cottbus, Posen und Breslau. Die Hauptschlachten der Panzertruppen wurden ostwärts der Oder und Neiße vorausgesehen. Die voraussichtliche Endaufgabe bestand im Erreichen der Linie Danzig-Breslau. Für diese wahnsinnige Idee sollten herangezogen werden: 103 alliierte und ein Dutzend Wehrmachts-Divisionen; 6048 taktische und 2750 strategische Kampfflugzeuge. Die USA wollten nicht dem erneut Konturen annehmenden British Empire dienen und lehnten nach langem Nachdenken Churchills Kriegsplan ab.

*Zweitens* die Direktive des Nationalen Sicherheitsrates der USA NSC 20/1 vom 18. August 1948. Es war eine Geheime Verschlussache mit der Bezeichnung "Ziele der USA bezüglich Russlands". Nach ihrer Bestätigung durch Truman wurde sie als NSC 20/4 erlassen. Sie wurde die Grundlage der vielzähligen Pläne des Atomkrieges gegen die UdSSR. Einen besonders aggressiven Charakter mit gegenüber "Unthinkable" erheblich erweiterter Dimension trug der am 19. Dezember 1949 fertig gestellte Kriegsplan gegen die Sowjetunion "Dropshot". Mit seiner Verwirklichung ab 1. Januar 1957 sollten der geopolitische Hauptgegner UdSSR und die sozialistische Gesellschaftsordnung beseitigt werden. Der Verlauf der Hauptoperationen war durch die Norddeutsche Tiefebene in Verbindung mit Teiloperationen aus südlichen Richtungen (Ägäis, Schwarzmeergebiet, Türkische Meerengen) vorgesehen. Die Vereinigung der alle Operationen durchführenden Streitkräfte war im Süden Polens geplant. Zur Anwendung und zum Einsatz sollten kommen: 300 Atombomben (zuerst auf 100, dann auf 200 Städte), 29 000 Tonnen konventioneller Bomben, 164 Divisionen, 110 Fliegergruppen (Äquivalent von Geschwadern mit nicht 40, sondern 36 Kampfflugzeugen). Als Reagan im britischen Parlament die Ausradierung der kommunistischen Idee und Ordnung zur Hauptaufgabe der USA und des Westens erklärte, wuchs in den operativen Stäben der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages zu Beginn der 80er Jahre der Bedarf an Informationen und Dokumentationen über den Kriegsplan "Dropshot" enorm an.

*Drittens* die Konzeption NSC 68 "Aufgaben und Programm der nationalen Sicherheit der USA" vom 14. April 1950. In diesem Dokument werden alle bisherigen die UdSSR als zukünftiger Kriegsgegner betreffenden Festlegungen bekräftigt.

Manche hochgestellten Genossen des sozialistischen Lagers sahen im Kalten Krieg nur einen "Krieg der Nerven". Die USA hielten ihn für einen echten Krieg. Sie gaben allen Maßnahmen seiner Durchführung "heißen" Zuschnitt und große Härte.

\* \* \*

Das betrifft auch in vollem Maße Westberlin. Es spielte in den Plänen der USA eine herausragende Rolle. Sie gingen davon aus, dass die USA den Westteil Europas verloren haben, wenn Berlin aufgegeben wird. Daher banden sie das trinationale Divisions-äquivalent (USA, Großbritannien, Frankreich) in alle Arten und Formen der Störtätigkeit gegen die DDR und die GSSD sowie des nicht auszuschließenden bewaffneten Kampfes gegen die Koalitionsgruppierungen des Warschauer Vertrages ein.

Die Umstände der Existenz und Unterhaltung der Besatzungstruppen in Westberlin waren frappierend. Sie betrieben gemeinsam mit den unzähligen Organen der zivilen und militärischen Geheimdienste Aufklärungs- und Diversionstätigkeit über die offene Grenze, dem "Loch" im DDR-Sicherheitssystem, und bereiteten sich auf ihren Einsatz im Kriegsfall im Umland Berlins intensiv vor. Diese Aktivitäten betrieben sie aus einer Standortlage mitten in der DDR, operativ gesehen, faktisch positioniert hinter den fünf Armeen der 1. Staffel sowie auf der Höhe und zwischen den beiden Armeen der 2. Staffel der gemeinsamen Frontgruppierung der GSSD und der NVA. Sie banden drei bis vier Divisionen an sich, bei den militärischen Maßnahmen "13. August" sechs Divisionen, davon vier der 20. Gardearmee der GSSD und zwei (1. und 8. MSD) des Militärbezirks V der NVA. Der sowjetische Generalstab sah sich genötigt, mit der 5. Gardepanzerarmee des Belorussischen Militärbezirks im Raum nördlich Berlin die Lücke zu schließen, die in der 2. Staffel durch die Veränderung des Auftrages der 20. GA entstand.

Diese bevorzugte einmalige Lage der NATO-Truppen in Westberlin sollte um keinen Preis aufgegeben werden. Die erneute Gewinnung der vorteilhaften operativen Position inmitten der gegnerischen Frontgruppierung hätte die Organisation und Durchführung einer aufwendigen und verlustreichen Luftlandeoperation erfordert. Die militärischen Planungen zur Bewahrung der NATO-Garnison vor einem Rückzug und zur ununterbrochenen Versorgung der Truppen schlossen aber Einfälle in das Territorium der DDR ein. Sie hätten die Aggression zur Tatsache gemacht, unabhängig davon, ob sie taktischen, operativen oder strategischen Charakter getragen hätten.

Von 1959 bis 1961 waren die Live Oak(*Lebenseiche*)-Planungen verbindlich. Die NATO wurde vorerst rausgehalten. Besondere militärische Relevanz hatten in ihnen: der Einsatz von Kompanien und trinationalen Bataillonen zur Prüfung des Ausmaßes und Überwindung möglicher östlicher Sperrungen, mit den Ausgangspunkten Helmstedt und Westberlin (1959); die Vorbereitung des Vordringens und Durchbruchs einer trinationalen Division aus der BRD nach Westberlin.

Im Juni 1961 stellte Kennedy Aufgaben, die keine Zwischenfälle, sondern den Krieg auslösen konnten. Daher wurde der NATO die Verantwortung für weitreichende Optionen auferlegt, die in den Bercon-Planungen (*Berlin-Eventualpläne*) ihren Niederschlag fanden. Unter ihren Optionen waren besonders gefährlich:

- Eine erweiterte Luftangriffsoperation zur Erzwingung der Überlegenheit und dann Herrschaft im Luftraum der DDR.
- Selektiver Einsatz von Nuklearwaffen auf Zielobjekte in der DDR.
- Angriff von zwei Divisionen im Raum Kassel (nach unserer Interpretation in der Leipziger Operationsrichtung der NATO).

- Angriff von vier Divisionen in der Magdeburger Operationsrichtung der NATO.
- Angriff von vier Divisionen zur Einnahme des Thüringer Waldes in der Dresdner Operationsrichtung der NATO.
- Blockade im Bereich der Dardanellen und Gegenblockade um Kuba.
- Behinderung ziviler Luftfahrzeuge der Warschauer Vertragsstaaten.
- Blockade der sowjetischen Seestreitkräfte.

Die Planungen fanden erst 1962 ihren Abschluss und Bestätigung des Präsidenten der USA. Die Aufgabenstellung des Präsidenten und Planungsprojekte deckten sowjetische Kundschafter auf und wurden auch der sowjetischen Seite durch gezielte Verlautbarungen der Amerikaner bekannt, wichtige darunter vor dem 13. August.

Die Bercons charakterisieren einen Umbruch und die größte Zuspitzung der verstärkten Spannungen im zweiten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie verdeutlichen, dass die USA auf eine ganze Serie, eine Kombination von Schlägen auf wirtschaftlichem und erforderlichenfalls militärischem Gebiet gegen die UdSSR und ihre Verbündeten setzten, weil Einzelschläge sie nicht zu Fall bringen würden.

Einen empfindlich negativen Einfluss nahmen zum Beispiel auf die Stabilität der DDR die Aktionen des Wirtschaftskrieges gegen sie. Das betraf besonders die Kündigung von Übereinkommen zum sogenannten Interzonenhandel, die gezielte Abwerbung qualifizierter Fachkräfte sowie manipulierte Wechselkurse.

Die BRD unternahm alles, um die internationale Isolierung der DDR durchzusetzen. Die UdSSR hatte die BRD 1955 anerkannt. Die BRD und die westlichen Staaten versagten das der DDR. Dagegen leistete sie mit ihrem Hauptverbündeten Widerstand.

\* \* \*

Die Westalliierten hatten ihre Truppen im Juli und August 1945 in das von der Sowjetarmee befreite Berlin geführt. Das ergab sich aus dem vorgesehenen Sitz und der Tätigkeit der vereinigten Strukturen des Internationalen Kontrollrates in Berlin. Nach der Gründung der BRD und der DDR gab es für den Aufenthalt der Truppenkontingente der Alliierten in Westberlin keine rechtlichen Grundlagen mehr. 1958 verlangte die UdSSR in Halbjahresfrist ihre Herausführung aus der Stadt sowie die Veränderung ihres Status in "Freie Stadt" nach dem Beispiel Triests. Bei Nichtbefolgung dieser Anforderung werde die UdSSR mit der DDR einseitig einen Friedensvertrag abschließen, wie es die USA mit Japan vollzogen hatten. Dann falle der DDR die Kontrolle über die Versorgung der NATO-Garnison zu. Die USA ließen wissen, dass sie sich in solch einem Falle nicht scheuen würden, von der BRD mit Waffengewalt nach Westberlin durchzubrechen.

Präsident Eisenhower wies als Antwort auf das Ansinnen der UdSSR an: Marineinfanterie-Divisionen auf volle Kriegsstärke aufzufüllen, US-Kriegsschiffe und -Flugzeugträger zu reaktivieren, zwischen Grönland, Island und Großbritannien eine U-Boot-Barriere einzurichten, zusätzliche Einheiten mit taktischen Kernwaffen in der BRD zu stationieren, Atombomber B-52 periodisch ihre Marschrouten bis zur sowjetischen Grenze rekognoszieren zu lassen. Kennedy ließ mit der Übernahme der Präsidentschaft die US-Streitkräfte sofort um 200 000 Mann und die in Europa um sechs Divisionen verstärken. In kürzester Frist sollte der Kampfbestand der US-Landstreitkräfte um 875 000 Mann anwachsen. Den amerikanischen Familien riet der Präsident, sich Unterstände für den Kernwaffenkrieg anzulegen.

Am 1. August 1961 wurden die NATO-Verbände in Europa in Alarmzustand versetzt. In der BRD wurde begonnen, die zu diesem Zeitpunkt bestehenden acht Divisionen auf Kriegsstärke aufzufüllen. Am 10. August inspizierte General Speidel als NATO-Befehlshaber Mitteleuropa die im Raum Helmstedt in Divisionsstärke bereitgestellten Truppen, zu deren Ausrüstung Kernwaffen gehörten.

Nach den Erinnerungen von Franz Joseph Strauß habe der 13. August die konventionellen und nuklearen Kriegsvorbereitungen zur Makulatur gemacht. Das sind keine Vorwürfe an die Sicherheitsverantwortlichen der UdSSR und der DDR. Das ist das Gegenteil!

Wissenschaft, Industrie und Militärwesen der sozialistischen Staatengemeinschaft, besonders der UdSSR, haben eine kaum übertreffbare historische Leistung vollbracht: unseren Planeten, seine Natur und die Menschheit vor dem Untergang in einem atomaren Inferno zu bewahren. Dieses Ergebnis ihres Wirkens bestätigt, dass ihre Existenz notwendig war.

\* \* \*

In diesen Zusammenhang gehört auch das Verdienst der Soldaten der DDR und des Warschauer Vertrages, aus der Vorgeschichte und der akuten Situation im Sommer 1961 Schlussfolgerungen und Lehren für die operative, Gefechts- und Spezialausbildung ihrer Befehlshaber, Kommandeure, Stäbe und Truppen gezogen und umgesetzt zu haben.

Ein Hauptproblem blieb, wie haben die Streitkräfte unseres Staates zu reagieren, was haben sie zu machen, wenn die Aggression auf diese oder jene Weise Tatsache wird. Die Krisensituation der Jahre 1958 bis 1961 offenbarte zumindest drei Varianten ihrer Entfesselung:

*Erstens:* Einfall einzelner Brigaden und Divisionen in die DDR, auf den die GSSD und die NVA durch die volle Entfaltung ihrer Truppen reagieren werden, bei der sich vorteilhafte Flächenziele für den Einsatz der Kernwaffen bieten werden. Das wäre das Live Oak-Schema!

*Zweitens:* Überfall von gepanzerten hochmobilen Schlaggruppierungen in ausgewählten operativen Richtungen (etwa in zwei bis drei von insgesamt fünf); die schnell zum strategischen Abschnitt führen, den die Oder und Neiße bilden. Das wäre das Bercon-Schema!

*Drittens:* Eindringen der voll entfalteten strategischen Gesamtgruppierung auf breiter Front, in allen operativen Richtungen (Küstenrichtung, Berliner, Magdeburger, Leipziger und Dresdener Richtung), mit Umfassung aus der Luft durch Fliegerschlaggruppierungen und Luftlandeoperationen. Das wäre der Gesamtplan der strategischen Angriffsoperation gewesen, der unter Zugrundelegung des Kriegsplanes "Dropshot" zu erahnen war.

Nach der Kubakrise begann eine intensive Arbeit an der Beherrschung aller Reaktionsvarianten auf diese drei Szenarien.

Im Frühjahr 1963 wurde unter Leitung des UdSSR-Verteidigungsministers ein zweiseitiges Kriegsspiel auf dem Westlichen (nach NATO-Begriffswelt: Zentraleuropäischen) Kriegsschauplatz durchgeführt, an dem erstmals die operative Gruppe eines Armeestabes der NVA beteiligt war. Im Dreijahresrhythmus erfolgte die Weiterführung dieser effektiven Ausbildungsmaßnahme.

Das wichtigste Ergebnis der Ausbildungsmaßnahme 1963 bestand in der Erkenntnis, dass mit dem Einbruch einzelner taktischer Verbände in die DDR die Truppen der GSSD und NVA in den in der BRD entlang der Staatsgrenze zur DDR angelegten Sicherungstreifen von bis zu 75 km Tiefe gelockt werden sollten. In ihm war die entscheidende Verringerung ihres Kampfbestandes durch die in ihm installierten Kernminen und aus den Bereitstellungsräumen außerhalb des Sicherungstreifens zum Einsatz gebrachten taktischen Kernwaffenmittel aller Divisionen der 1. operativen Staffel der strategischen Gruppierung auf dem Zentraleuropäischen Kriegsschauplatz vorgesehen. Zwei Typen taktischer Kernwaffen sollten auf diese Weise ein operativ-strategischer Faktor werden. Nach Verrichtung deren Werks war die Möglichkeit des Übergangs zum Angriff gegeben. Bei dieser Ausbildungsmaßnahme wurde ausgesprochen, dass die NATO so den sowjetischen und NVA-Truppen Idee und Plan der Kursker Schlacht des sowjetischen Generalstabes aufzwingen könnte.

Der NVA wurde die Aufgabe übertragen, unsere gemeinsamen Vorstellungen und Erfahrungen für die Lösung der taktischen und operativen Hauptaufgaben, unter anderem des Überwindens des Sicherungstreifens, bei einer von ihr vorbereiteten und geleiteten Ausbildungsmaßnahme zu demonstrieren. Das wurde das Manöver "Waffenbrüderschaft 70" aller sieben verbündeten Armeen. Sein Nutzen für alle Bruderarmeen veranlassten das Oberkommando, die NVA zehn Jahre später erneut mit der Durchführung eines solchen Manövers zu betrauen.

Noch in den 80er Jahren vervollkommneten wir die von den Berlin-Planungen der USA und der NATO auf die Tagesordnung gesetzten Handlungsverfahren zur Abwehr der Aggression unter allen Lagebedingungen.

\* \* \*

Abschließend und zusammenfassend möchte ich auf die wesentlichen Ergebnisse der Handlungen der Sicherheitsorgane der DDR und unserer Koalition im Zusammenhang mit dem 13. August 1961 verweisen. Das waren in erster Linie

der Nachweis der Fähigkeit, die DDR vor massiver Aufklärungs- und Diversionstätigkeit des Gegners zu schützen, die Kontrolle über die militärischen Potentiale des Gegners zu intensivieren sowie die Entwicklung der DDR nach ihrer Selbstbehauptung unter den Bedingungen größerer Sicherheit in Angriff zu nehmen;

die Vermittlung neuer Einsichten beim Gegner wie

verstärkte Grenzregime sind erträglicher als Kriegshandlungen,

Verhandlungen sind billiger als militärische Erfolge, die "Strategie der massiven Vergeltung" ist überholt und muss durch die "Strategie der flexiblen Reaktion" ersetzt werden;

die Würdigung der Anstrengungen unserer Sicherheitsorgane durch den britischen Historiker Eric Hobsbawm mit den Worten: "Mochte sie auch noch so geschmäht werden, die Berliner Mauer stabilisierte seit 1961 die Grenze zwischen den Imperien der Supermächte in Europa." (Gefährliche Zeiten, S. 264)

Die Schlacht "13. August 1961" hatte keinen unentschiedenen Ausgang!

Oberst a. D. Klaus Eichner

## **Geheimdienste und Sicherung der Staatsgrenze der DDR**

### **1. Was wussten die Geheimdienste vor dem 13. August?**

Die Reaktionen reichen auch heute immer noch von: wir wurden vom Zeitpunkt völlig überrascht (zum Beispiel Vertreter der Geheimdienste) bis zu immer vollmundigeren Erklärungen von Historikern oder BND-Vertretern, der BND hätte die Bundesregierung rechtzeitig gewarnt. Natürlich geht es hier nicht nur um die Nacht vom 12. zum 13. August, wir müssen schon das Umfeld und Vorfeld betrachten.

Die *politischen* Rahmenbedingungen waren durch die Vorschläge der KPdSU vom November 1958 und Januar 1959 über eine Veränderung des Berlin-Status (Freie Stadt) und über den Abschluss eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten, durch das Treffen Kennedy/Chruschtschow am 3./4. Juni 1961 in Wien und schließlich durch die Beratung der KP-Sekretäre vom 3. bis 5. August 1961 in Moskau gegeben - und für alle Analytiker in ihrer Grundsubstanz zugänglich.

Die *militärischen* Vorbereitungen konnten als Übungen, normale Truppenverlegungen etc. getarnt werden und wurden auch so zur Kenntnis genommen - hier gab es kein Alarmsignal! Aber wie beurteilten die westlichen Analytiker die Tatsache, dass am 10. August 1961 der kampferfahrene Marschall der Sowjetunion Iwan Stepanowitsch Konew kurzfristig als Chef der GSSD eingesetzt wurde? Dieser überraschende Wechsel erfolgte vor den Augen der westlichen Seite, wurde jedoch offensichtlich nicht entsprechend bewertet, obwohl das ein wichtiger Indikator für entscheidende Entwicklungen war. Nach Armin Wagner/Matthias Uhl hatte der BND diese Tatsache als "dramatische Veränderung der Lage" erst am 13. August nach Bonn gemeldet (vgl. "BND contra Sowjetarmee", S. 118).

Natürlich gab es immer wieder Analysen der westlichen Geheimdienste zu den aktuellen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entwicklungen in dieser Zeit. Dazu hatten sie auch ausreichende Möglichkeiten:

1. Die Flüchtlinge durchliefen in den sogenannten "Notaufnahmelagern" Sichtungsstellen der westlichen Geheimdienste und wurden dort gezielt befragt. Viele von ihnen wurden angehalten, Verwandte/Bekannte einzuladen, die dann als Agenten angeworben werden sollten (Anschreibebriefe).

2. Rund 80 Dienststellen von Geheimdiensten, sogenannte Widerstandsorganisationen wie KgU oder UfJ, Ostbüros oder sogenannte "private" Nachrichtensammelstellen unterhielten Kontakte zu Partnern im Osten oder werteten Angaben von Besuchern aus.

3. Die SED unterhielt zu dieser Zeit ein Informationssystem auf der Basis von Richtfunkstrecken - von den Kreisleitungen über die Bezirksleitungen zum ZK. Dort mussten regelmäßige Lageberichte aus allen gesellschaftlichen Bereichen abgesetzt werden. Die westlichen Stationen der fernmeldeelektronischen Aufklärung (zum Beispiel Teufelsberg in Westberlin) waren in der Lage, diese Informationen aufzuzeichnen und auszuwerten - damit hatten die USA einen Informationspool wie das ZK!

Im Vordergrund der Analysen standen die Auswirkungen der Flüchtlingsströme, die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR. Seit Beginn der sogenannten "zweiten Berlin-Krise" tauchten zum Beispiel in der Fülle der jetzt zugänglichen CIA-



Dokumente immer wieder einmal die Begriffe wie "Absperrung der Sektorengrenze" auf, aber niemals der Begriff "Mauer". Der amerikanische Autor Peter Wyden schrieb ein Buch über die Mauer ("Wall") und stellte darin fest: "Kein Wunder, dass die westlichen Geheimdienste von den Vorbereitungen zum Bau der Mauer nichts erfahren hatten. Alle vorbereitenden Schritte blieben praktisch unsichtbar. ... Nur etwa zwanzig verlässliche Führer wussten, was bevorstand." (Zit. in: Bailey/Kondraschow/Murphy: Die unsichtbare Front - Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin; Propyläen, 1997, S. 483.)

*Fazit:* Sie haben es erwartet, aber sie haben nichts gewusst. Egon Bahr: Das Ereignis ereilte uns mit betäubender Wucht. (Beilage ND, 11. 8. 2001)

*Gedankenspiel:* Und was wäre geschehen, wenn eine Quelle am 8./9. August die Information erhalten hätte? "Wer nun glaubt, diese Nachricht hätte noch rechtzeitig verarbeitet und verteilt werden können, um in der US-Regierung, von den NATO-Verbündeten ganz zu schweigen, den für ein wirkungsvolles Handeln nötigen Konsens zu erzielen, darf sich einer höchst lebhaften Phantasie rühmen." (Vgl. "Die unsichtbare Front", S. 484) Und was hätten die Westmächte real machen können? Die Information veröffentlichen - das wäre die Enttarnung einer eventuellen Quelle in einer Spitzenposition! Militärische Gegenmaßnahmen? - Welche und mit welchen Auswirkungen?

## 2. Politischer Widerstand in der DDR?

Die CIA-Residentur in Berlin berichtete regelmäßig über die Lage in der DDR und Ostberlin und unterbreitete auch Vorschläge für politische, wirtschaftliche und andere Maßnahmen zur subversiven Einflussnahme auf die Lage (dazu gab es auch einen langfristigen Operationsplan der CIA zu Berlin).

Aber sie trafen auch realistische Einschätzungen. So erklärte der frühere Chef der Residentur, Bill Harvey, auf einer Beratung der Osteuropaabteilung im CIA-Hauptquartier am 22. Juni 1961: "Es ist unrealistisch zu glauben, wir könnten in die SBZ ein ausreichend großes, zuverlässiges und fähiges Schläfernetz infiltrieren, das dann ... bei der Organisation von Widerstandsgruppen mitwirken (sowie) im Bereitschaftszustand verharren kann, bis es im Zusammenhang mit militärischen Unternehmungen aktiviert wird. Wägt man diese Aufgabe gegen die Abwehrkapazität des Ministeriums für Staatssicherheit ab, dann übersteigt sie unsere Möglichkeiten."

Zur Vorbereitung einer für den 13. Juli anberaumten Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates der USA berichtete die CIA: "Die Sowjets sind vermutlich der Meinung, der Westen verfüge gegenwärtig nur über begrenzte Möglichkeiten, in Ostdeutschland Widerstand anzufachen." (Vgl. "Die unsichtbare Front", S. 469/470.) Das entsprach auch den Lagebildern der CIA nach dem 13. August (so zum Beispiel vom 6. November), nach denen es keine Hinweise auf einen organisierten Widerstand oder spontane Aufstände "größeren Umfangs" gegeben habe.

Für die CIA erwies sich als Schwäche, dass die Hauptpotenzen auf die Überwachung der KGB-Zentrale in Karlshorst gerichtet waren. Die Entscheidungen wurden bei Ulbricht - im sowjetischen Part am ehesten noch in Wünsdorf getroffen. Das hing mit der politischen Orientierung durch Kennedy zusammen, dass für die USA vor allem die drei "essentials" von Bedeutung waren (Zugangsrechte zu Westberlin).

Übrigens: Die KGB-Residentur in Karlshorst berichtete in dieser Zeit kaum über die Lage um Berlin; hier spielten andere außenpolitische Entscheidungen, zum Beispiel über den Zugang der BRD zu Atomwaffen, eine zentrale Rolle.

### 3. Vorbereitungen im geheimdienstlichen Verbindungssystem

Spätestens seit Ende 1960 leitete die CIA-Dienststelle in Westberlin Maßnahmen ein, um ihre Agenten auf zu erwartende verschärfte Grenzkontrollen einzustellen. Dazu gehörte auch die Ausrüstung mit Funkgeräten - wurde als riskant bewertet! Aber immerhin hatte die CIA Ende November bereits zweiseitigen Kontakt mit zirka 25 Agenten, im nächsten Jahr dann mit 30 Agenten. In dieser Zeit entstand der sogenannte Rundspruchdienst (RSD) - das ist passiver Empfang von verschlüsselten Sendungen über geeignete Kurzwellenempfänger (vielen bekannt als die "Eiserne Lady", die Fünferkolonnen von Zahlen ansagte).

Eine Besonderheit aus dem direkten Gegenüber in Berlin: für den direkten Sichtkontakt über die Grenze hinweg wurden in Ausnahmefällen von beiden Seiten Infrarot-Signalübermittler eingesetzt.

Die Geheimdienste stellten die Verbindung zunehmend auf sogenannte Geheimschreibbriefe um, in denen in unverfänglichen Tarntexten mit verschiedenen Formen von unsichtbarer Tinte Spionageinformationen übermittelt wurden (in der Spionageabwehr war eine ganze Abteilung nur mit der Analyse dieser Form der Verbindung beschäftigt; übrigens Hauptgrund für den Ausbau der Postkontrolle). Aber im Prinzip war für *beide* Seiten eine Zäsur im Verbindungswesen entstanden. Die Massenrekrutierungen der CIA unter Westbesuchern entfielen; eine ungehinderte Treffdurchführung mit Agenten entfiel. Der neue CIA-Resident Bill Graver urteilte denn auch: Berlin hat als einmalige Operationsbasis im Kalten Krieg ausgedient. (Vgl. "Die unsichtbare Front", S. 493) Aber auch Micha Wolf sagt in seinen Erinnerungen, dass die HVA völlig überrascht wurde und auch danach erst ihr Verbindungssystem umstellen musste. Für uns war Westberlin ja auch das nachrichtendienstliche Einfallstor in den Westen.

### 4. Einige Folgen im operativen Vorgehen

In dieser Zeit begann bei den westlichen Geheimdiensten die Orientierung auf die Bearbeitung und Werbung von "legal Reisenden" (Wirtschaftskader, Kundendienst, Bahn-LKW-Schifffahrt und anderes). Diese Methodik wurde nach der weltweiten diplomatischen Anerkennung der DDR ausgebaut als sogenannte "Umweganbahnung".

Aktionen der psychologischen Kriegsführung orientierten weg von den antikommunistischen Gruppen der fünfziger Jahre zu politischen Aktionen auf konkrete Zielgruppen. Nur ein Beispiel: Die Angehörigen der Grenztruppen wurden zu einer neuen Zielgruppe, zum Beispiel durch Ermunterung zur Desertion und Organisierung eines entsprechenden Medienechos mit Hilfe eines ständig erweiterten Agentennetzes in den internationalen Medien.

Die amerikanische Politik setzte in dieser Zeit auf vielfältigere Formen von qualifizierten "verdeckten Aktionen" - zum Beispiel Ausbau der GLADIO-Strukturen in Europa oder ähnliche Formen des subversiven Kampfes.

Dr. Kurt Laser

### **Ist die verweigerte Einreise nur eine moralische Frage?**

Die Kampagne gegen die Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR vor 50 Jahren reicht von ganz Rechts bis hinein in die Linkspartei. In den 13 Thesen des Forums Demokratischer Sozialismus zum Programmentwurf der Partei DIE LINKE wird der 13. August 1961 in eine Reihe gestellt, die mit den "stalinistischen Säuberungen in den 30er Jahren in der Sowjetunion und nach 1945 in Osteuropa" beginnt, sich fortsetzt mit den "Maßregelungen, teils Verhaftungen und Verurteilungen von kritischen Köpfen, ob Sozialdemokrat/-innen, Kommunist/-innen oder Angehörigen anderer Parteien, Organisationen bzw. der Kirchen", dann "der gewaltsamen Unterdrückung emanzipatorischer Bewegungen wie beim 17. Juni 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei und 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens in China." Der Abschnitt endet mit dem "Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan als sichtbarstem Ausdruck der militärischen Durchsetzung real-sozialistischer Interessen".

Der 13. August wird dargestellt als "Errichtung der innerdeutschen Grenzanlagen, der Einschränkung der Reisefreiheit einer ganzen Bevölkerung, der gewaltsamen Hinderung am Verlassen des Staatsgebietes durch Selbstschussanlagen und Schießbefehl".<sup>1</sup>

Als ich diese Sätze in einer Beratung zitierte, wurde gefragt, ob sie vom "Bund der stalinistisch Verfolgten" stammen.

Auch wenn es den demokratischen Sozialisten des Forums nicht in den Kram passt: Nach der Spaltung Deutschlands unter maßgeblicher Mitwirkung des sogenannten größten Deutschen, Konrad Adenauer, der Gründung der BRD und danach der DDR war es keine "innerdeutsche" Grenze mehr. Es war die Grenze zwischen zwei Staaten, über deren Souveränität man meinetwegen streiten kann. Es war sogar die Grenze zwischen den beiden mächtigsten Militärblöcken der Welt.

Der Versuch nachzuweisen, dass es in der DDR einen "Schießbefehl" gab, der sich von denen anderer Armeen, zum Beispiel der Bundeswehr, unterschied, wird in den Thesen gar nicht erst unternommen.

Natürlich findet sich keine vergleichsweise Darstellung zur Geschichte des Kapitalismus in diesen Thesen. Es gibt auch keine Angaben zu den vielen Aggressionen der USA, seit 1999 teilweise mit Beteiligung der Bundeswehr.

Ich will mich aber nicht mit dieser Geschichtsklitterung auseinandersetzen, auch nicht mit dem speziell zum 13. August 1961 Ausgeführten. Das wurde in den Referaten und in den Diskussionsbeiträgen schon in den richtigen internationalen und nationalen Zusammenhang gestellt.

Mir geht es um eine andere Frage. Warum wird nicht kritisiert, dass die DDR auch nicht jeden hineinließ, der das wollte? Wenn man der DDR das aber vorwerfen würde, taucht natürlich die Frage auf: Und was ist heute?

Wir hatten genügend Gründe, auch die Einreise genau zu kontrollieren. Man hat uns ja aus dem Westen nicht nur freundschaftliche Ratschläge erteilt, doch bitteschön mehr bürgerliche Demokratie zu wagen, sondern es gab massive Sabotageakte. Das wird heute gern verschwiegen. Die Grenze zwischen Westberlin und der Hauptstadt der DDR konnte bis 1961 leicht ohne jede Kontrolle passiert werden. Jetzt schützten die

Grenzanlagen dagegen, wenn auch nicht absolut. Sicher ließ sich damit nicht alles verhindern. Niemand hatte die Illusion, dass die Mauer zum Schutz gegen Flugzeuge, Granaten und Raketen ausreichen würde. Auch gegen ein Kommandounternehmen, wie jetzt das der USA gegen Pakistan unter völliger Missachtung der Souveränität des Landes, hätte sie nichts ausrichten können. Erstaunlicherweise war weder im Westen noch im Osten Kritik zu hören, als die DDR-Behörden nach westdeutscher Intervention den vor dem Bürgerkrieg im eigenen Land flüchtenden und in Schönefeld landenden Tamilen nicht mehr gestattete, nach Westberlin weiterzureisen.

Aber auch in die DDR konnten Ausländer einreisen und teilweise für längere Zeit bleiben. Die Solidarität mit Chilenen nach dem Putsch ist unvergessen. Auch aus anderen Ländern nahm die DDR Menschen auf, die verfolgt wurden. Und im letzten Jahrzehnt waren nicht wenige Arbeitskräfte aus Vietnam, Kuba, Moçambique und anderen Ländern tätig. Sie erhielten bei uns eine solide Ausbildung, die ihnen und ihrem Land bei der Rückkehr von Nutzen war.

Bürger der Bundesrepublik Deutschland durften mit ihrem Pass zu Tagesaufenthalten in die DDR-Hauptstadt reisen. Als Anfang der siebziger Jahre auch Westberliner wieder die DDR besuchen durften, strömten Massen über die Grenzen, ähnlich wie nach den Passierscheinabkommen 1963/64 und danach. Bis 1980, als der Pflichtumtausch drastisch erhöht wurde, registrierte die Statistik mehr DDR-Reisen aus Westberlin als aus ganz Deutschland.<sup>2</sup>

Beim Stichwort Passierscheinabkommen fällt mir ein, dass Kohl blühende Landschaften im Osten verkündet hat. Und jedes Jahr gibt es sie wieder - im Frühling. Aber Honecker hat nach einem Passierscheinabkommen in einer Eröffnungsveranstaltung zum Parteilehrjahr versprochen: Eine "Aktion Kahlfraß" wird es nicht mehr geben. Und was ist nach 1990 passiert?

Ein führender Politiker der Linkspartei, damals noch PDS, hat vor einiger Zeit erklärt, dass die DDR ihre Bürger nicht einfach ausreisen ließ, war Freiheitsberaubung; die Mauern in den USA gegen Mexiko und von Israel gegen die Palästinenser könnten höchstens moralisch verurteilt werden. Ich nenne den Namen des Politikers nicht, weil ich die Quelle nicht notiert habe und so keine exakte Fußnote als Beleg anführen könnte. Seine Ansicht teile ich überhaupt nicht. Für mich macht es keinen Unterschied, ob man die Leute nicht heraus- oder nicht hineinlässt. Beides ist eine Beschränkung der Freizügigkeit. Ich habe vor kurzem die Mauer auf palästinensischem Gebiet zwischen Jerusalem und dem Westjordanland gesehen. Man stelle sich einmal vor, die DDR hätte die Mauer auf Westberliner Gebiet gebaut. Helfer für Flüchtlinge aus der DDR waren früher Helden der westlichen Welt, auch wenn sie dafür bezahlt wurden. Heute wird von kriminellen Schlepperbanden gesprochen.

Nun will ich die Sache durchaus nicht einseitig darstellen. Immerhin lebten 2008 in Deutschland 15,6 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Bei einer Gesamtbevölkerung von 82,1 Millionen Menschen entspricht das 19 Prozent. 7,3 Millionen von ihnen besaßen eine ausländische Staatsbürgerschaft.<sup>3</sup>

Das waren natürlich zu einem erheblichen Teil sogenannte Gastarbeiter aus Italien, der Türkei, Jugoslawien und anderen Ländern, die gebraucht wurden, nachdem man sich nicht mehr so ungeniert in der DDR bedienen konnte. Hier mit hohem Aufwand ausgebildete und hoch qualifizierte Fachleute standen nicht mehr oder nur noch sehr eingeschränkt zur Verfügung. Den Grenzgängern war der Weg nach Westberlin versperrt.

Aber es gibt auch nicht wenige Migranten, die in der Bundesrepublik Deutschland Asyl aus politischen Gründen beantragten und bleiben durften. Aber in der Regel werden die Asylbewerber einer allen Menschenrechten Hohn sprechenden Prozedur unterzogen und landen oft im entwürdigenden Abschiebeknast. Der Artikel 1 des Grundgesetzes "Die Würde des Menschen ist unantastbar" gilt für sie nicht. Er gilt ja nicht einmal für alle Deutschen. Afrikaner und Asiaten, die in ihren Heimatländern dem Hungertod entkommen wollen, werden erbarmungslos zurückgeschickt. Viele sind gar nicht erst ans Ziel gekommen, sondern Tausende haben auf den Meeren oder an den Außengrenzen der EU ihr Leben verloren.

Das wird natürlich bei DDR-Flüchtlingen ganz anders gesehen. Das waren ja auch Deutsche. Die meisten von ihnen erwarteten im Westen ein Leben im Konsumrausch, mit unbegrenzten Reisemöglichkeiten. Es waren Wirtschaftsflüchtlinge, die keineswegs zu verhungern drohten. Die Wenigsten hatten einen Antrag auf Anerkennung als politische Flüchtlinge gestellt, und nicht alle Anträge wurden anerkannt

Die Ereignisse in Nordafrika rücken diese Thematik gegenwärtig verstärkt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Aus Tunesien und anderen Ländern übermittelte das Fernsehen jubelnde Menschen. Sie hatten die Machthaber gestürzt und nun doch angeblich Freiheit und Demokratie erkämpft. Ich möchte hier einmal den "Focus" zitieren, von dem ich zwar sonst nichts halte, aber in diesem Fall kann ich zustimmen. Die Zeitschrift schrieb: "Eine Revolution kann man nicht essen. Nach den ersten Jubeltagen haben es die Menschen in Tunesien und Ägypten gemerkt. Und kommen übers Mittelmeer zu Tausenden nach Europa auf der Suche nach Arbeit und Zukunft ... Die Brüsseler Eurokraten stecken in einem diplomatischen Dilemma. Natürlich müssen sie die Forderung nach Demokratie und Freizügigkeit vollmundig unterstützen. Tatsächlich aber haben die autokratischen Regimes der islamischen Welt ihnen bisher schmutzige Arbeit abgenommen. Über gut bezahlte bilaterale Verträge stellten die Despoten sicher, dass ihre Untertanen das Land nicht verlassen konnten, und riegelten Europa auch gegen die Subsahara-Region ab."<sup>4</sup>

In der Ausstellung des Museums für Deutsche Geschichte gab es die Nachbildung einer russischen Fahne aus der Zeit nach der Februarrevolution 1917 mit dem Text: "Der Tag des Sieges des Sozialismus wird der Tag der Aufhebung aller Grenzen sein." Das ist ein weiter Weg, wenn er überhaupt besritten werden kann. Ich denke, es ist gegenwärtig nicht möglich, dass alle Menschen in dem Land leben können, in dem sie es gern wollen. Das ist wirtschaftlich nicht durchzuhalten. Aber wenn man das anerkennt, sollte man nicht für die DDR andere Maßstäbe anlegen. Auch sie hatte politische, wirtschaftliche und militärische Gründe für die Sicherung ihrer Grenzen. Es müssen in den jeweiligen Ländern selbst die entsprechenden Bedingungen geschaffen werden. Das bedeutet auch, dass die früheren Kolonialländer darauf verzichten müssen, die ehemaligen Kolonien auf andere Art und Weise auszuplündern.

Schließen möchte ich mit einem Zitat aus der Leserzuschrift von Hans Schneider aus Erfurt an den "RotFuchs". Er hatte dem Vorstand der Partei DIE LINKE vorgeschlagen, "am diesjährigen 13. August bei keinerlei Gedenkveranstaltungen anlässlich der DDR-Grenzsicherung - vom Gegner auch 'Mauerbau' genannt - irgendwelche Kränze niederzulegen. Statt dessen sollten die Gelder zur Unterstützung der Familien von Afrikanern und Asiaten verwendet werden, die zu Tausenden an den 'Außengrenzen der EU' auf dem Mittelmeer und im Atlantik ums Leben gekommen sind."<sup>5</sup>

## Anmerkungen

- 1 Vgl. 13 Thesen des "forum demokratischer sozialismus" (fds) zum Entwurf des Programms der Partei DIE LINKE. Beschluss vom Bundesvorstand des fds am 28. August 2010, S. 17.
- 2 Vgl. Peter Benda, Vom Westen verraten? Der Berliner Mauerbau im August 1961, in: Berlinische Monatsschrift, Heft 6, Juni 2001, S. 55.
- 3 Vgl. "Am Ende brannten Asylheime und Wohnhäuser. Die Diskussion über Integration spaltet die Gesellschaft und lenkt ab von den eigentlichen Problemen", sagt die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Petra Pau im Interview mit *clara*, in: clara, Das Magazin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Nr. 18, 2010, S. 29.
- 4 Vgl. Hans-Jürgen Moritz, Sturm auf Europa, in: Focus, Nr. 8, 2011, S. 42 f.
- 5 RotFuchs, April 2011, S. 31.

Claus Schreer

## Das neue Strategische Konzept der NATO

Das neue Strategische Konzept der NATO enthält im Vergleich zur letzten NATO-Doktrin von 1999 keine wesentlich neue Orientierung. Das neue "Strategische Konzept" ist allerdings um einiges konkreter, zum Beispiel bei der Sicherung der Energieressourcen. Außerdem werden die Erfahrungen aus den bisherigen NATO-Interventionenkriegen genutzt, um zukünftige Einsätze zu perfektionieren. Zu den Schwerpunkten der neuen Strategie gehört deshalb die Einbeziehung ziviler Akteure bei der Durchsetzung der Kriegsziele und der Aufbau lokaler Repressionsapparate für die dauerhafte Kontrolle über die Interventionsländer.

*Völlig neu ist nur der Beschluss zur Aufstellung einer NATO-Raketenabwehr und die beabsichtigte NATO-Russland-Kooperation.*

Das in Lissabon im November beschlossene "Strategische Konzept" beginnt mit der schönfärberischen Selbstdarstellung: "Wir, die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten, sind entschlossen, dafür Sorge zu tragen, dass die NATO weiterhin ihre einzigartige und wesentliche Rolle bei der Gewährleistung unserer gemeinsamen Verteidigung und Sicherheit spielt."

Gebetsmühlenartig wird dieses Märchen von der "kollektiven Verteidigung" in allen offiziellen Dokumenten, von Politikern und den Medien verbreitet, zum Beispiel auch von der Süddeutschen Zeitung. "Die NATO konzentriert sich wieder auf Verteidigung" titelte die SZ am 20. November 2010. Und weiter: "Sie besinnt sich wieder stärker auf ihre ursprüngliche Aufgabe der kollektiven Verteidigung." Im Strategischen Konzept jedoch spielt die Verteidigung der Mitgliedsländer nicht die geringste Rolle. Das ist auch gar kein Wunder. Denn ein Feind, gegen den sich die NATO-Staaten verteidigen müssten, existiert überhaupt nicht. Weit und breit ist kein einziges Land in Sicht, das auch nur daran denken würde, die USA und ihre europäischen Verbündeten militärisch zu bedrohen oder gar anzugreifen. Das Gegenteil ist richtig: Die NATO, das stärkste Militärbündnis der Welt, bedroht all jene Länder auf dem Globus, die auf ihrer Souveränität bestehen und sich den Wünschen der westlichen Großmächte nicht fügen.

Die riesigen Militärausgaben der NATO sprechen für sich: Laut SIPRI-Jahrbuch 2010 liegen die weltweiten Militär- und Rüstungsausgaben derzeit bei 1531 Milliarden Dollar. Rund zwei Drittel dieser Summe (987 Mrd. Dollar) gehen auf das Konto der NATO. Zusammen mit den zahlreichen anderen, mit der NATO kooperierenden und verbündeten Staaten, liegt der Anteil des "Westens" an den Welt-Militärausgaben bei nahezu 80 Prozent. Zu diesen NATO-Kooperationsstaaten gehören unter anderem Australien, Japan, Südkorea, Taiwan, Pakistan, Georgien, Israel, Saudi-Arabien, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate. Auf die beiden großen konkurrierenden Mächte entfallen zusammen gerade einmal zehn Prozent der weltweiten Militärausgaben (auf Russland etwa 5,5 Prozent und auf China 4,5 Prozent). Vor allen Dingen aber verfügen die USA über die modernste Waffentechnologie und ein Netz von rund 750 Militärstützpunkten in 50 Ländern rund um den Globus.

Das neue Strategische Konzept der NATO, "das Kursbuch für die nächsten zehn Jahre", wie es NATO-Generalsekretär Rasmussen nannte, ist keine Verteidigungsstrategie, sondern ein Kriegsprogramm, ein detailliertes Konzept für die zukünftigen Militärinterventionen der Militär-Allianz. Erstmals werden in der neuen NATO-Doktrin Militärinterventionen und neokoloniale Besatzung bis ins Detail behandelt und die enge Verzahnung von zivilen mit militärischen Kapazitäten als wesentlicher Bestandteil für den Erfolg in den NATO-Protectoraten genannt. Zu den Lehren aus dem Krieg in Afghanistan gehört, dass Aufstandsbekämpfung zukünftig eine der zentralen Aufgaben in den NATO-Protectoraten sein wird. Wesentlicher Bestandteil der neuen Strategie ist deshalb der Aufbau lokaler Sicherheitsapparate für die von den Besatzern installierten Regimes. Damit wollen sich die Interventionsmächte, bei Minimierung eigener Opfer, ein Maximum an dauerhaftem politischem Einfluss sichern.

Die NATO werde deshalb, heißt es im neuen Strategiekonzept, "die integrierte zivil-militärische Planung im gesamten Krisenspektrum ausbauen"; geeignete zivile Krisenmanagementfähigkeit einrichten, um mit zivilen Partnern wirksamer agieren zu können - und die NATO werde "zivile Spezialisten aus den Mitgliedstaaten ausbilden, die für ausgewählte Missionen rasch eingesetzt werden können und die in der Lage sind, an der Seite unseres militärischen Personals und ziviler Spezialisten zu arbeiten". Ebenso sollen verbesserte Fähigkeiten entwickelt werden, um "lokale Kräfte in Krisenzonen auszubilden und aufzubauen, damit die lokalen Autoritäten so rasch wie möglich in der Lage sind, die Sicherheit ohne internationale Hilfe aufrechtzuerhalten".

Gleichzeitig verpflichteten sich die NATO-Mitgliedsstaaten, ihre militärischen Fähigkeiten für weltweite Militärinterventionen weiter auszubauen. Im Strategischen Konzept heißt es dazu: "Die NATO wird starke, mobile, jederzeit einsetzbare konventionelle und atomar bewaffnete Streitkräfte unterhalten, um gleichzeitig mindestens zwei größere und mehrere kleinere gemeinsame Operationen auch in strategischer Entfernung durchzuhalten." "Wir werden die Militärdoktrin und die militärischen Fähigkeiten für Expeditionseinsätze, einschließlich von Operationen zur Bekämpfung von Aufständen, weiterentwickeln."

Wesentlich konkreter, als das in früheren Doktrinen der Fall war, wird im neuen Strategischen Konzept die Sicherung der Energieversorgung und die Kontrolle über die weltweiten Öl- und Gasressourcen zur militärischen Aufgabe der NATO erklärt. Im neuen Strategischen Konzept der NATO steht jetzt: "Alle Länder sind zunehmend auf die lebenswichtigen Kommunikations-, Transport- und Transitwege angewiesen, auf die sich der Welthandel, die Energiesicherheit und der Wohlstand stützen." Die NATO werde deshalb "die Fähigkeiten entwickeln, die Energieversorgung, einschließlich des

Schutzes wichtiger Energie-Infrastrukturen, der Transitgebiete und der Transportwege zu sichern".

### **Die Sicherung der Energieversorgung ist tatsächlich eines der Hauptprobleme aller kapitalistischen Industrieländer.**

Die reichsten Industrieländer, die G7-Staaten (USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Kanada) mit nur 11 Prozent der Weltbevölkerung sind gleichzeitig die größten Öl- und Gasverbraucher. Der Ölverbrauch pro Kopf der Bevölkerung liegt in den USA bei 26, in Westeuropa bei 10,4 und in Japan bei 14,4 Barrel jährlich. Rund zwei Drittel der Welterdölreserven und 45 Prozent der weltweiten Gasvorräte lagern aber in den Ländern rund um den Persischen Golf und um das Kaspische Meer. Nachdem ihre eigenen Energievorkommen in wenigen Jahren erschöpft sein werden, hängt die sichere Versorgung der USA und der EU-Staaten weitgehend vom Zugriff auf die Ressourcen des Nahen und Mittleren Ostens ab.

Der hohe Erdölkonsum der USA und der anderen westlichen Industriestaaten ist jedoch auf die weltweit mehr als sechs Milliarden Menschen gar nicht übertragbar. Einerseits aufgrund der knappen Reserven, aber vor allem deshalb, weil der daraus folgende Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen eine dramatische Klimakatastrophe heraufbeschwören würde. Im Wettlauf um den Zugriff auf die knapper werdenden Energieresourcen liegt einer der wesentlichen Gründe für die Militärinterventionen im Nahen und Mittleren Osten. Die kapitalistischen Zentren können gar nicht zulassen, dass die nachholenden Entwicklungsländer die Öl- und Gasressourcen auf die gleiche Weise nutzen wie sie selbst. China beispielsweise verbraucht derzeit jährlich nur 2,2 Barrel Erdöl pro Kopf der Bevölkerung. Würde dieses Land mit seinen 1,3 Milliarden Menschen ebensoviel Öl verbrauchen wie die USA, dann müsste Peking die gesamte Ölproduktion der Welt aufkaufen. Für kein anderes Land bliebe auch nur ein Tropfen übrig.

In den Militärstrategien Deutschlands, zum Beispiel in den Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) oder im Bundeswehr-Weißbuch, wurde bisher die Sicherung der Energieversorgung nur sehr allgemein als Anspruch zur "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und den freien Zugang zu Rohstoffen" formuliert. In den USA ist das völlig anders. Schon seit mehr als 30 Jahren ist für alle US-Regierungen der Zugriff auf die Ölvorkommen des Nahen und Mittleren Ostens ganz offizieller Bestandteil der Militärstrategie. Dazu drei Zitate: 1. die sogenannte Carter-Doktrin von 1980: "Jeder Versuch einer fremden Macht, die Kontrolle über die Golfregion zu erringen, wird als ein Anschlag auf die Lebensinteressen der Vereinigten Staaten verstanden und mit allen Mitteln, militärische inklusive, abgewiesen." 2. der No-Rivals-Plan des Pentagon von 1992: "Wir müssen versuchen zu verhindern, dass irgendeine feindliche Macht eine Region dominiert, deren Ressourcen ausreichen würden, sich eine Weltmachtposition zu verschaffen." 3. die Nationale Sicherheitsstrategie der USA von 2002: "Zugang zum Öl des Persischen Golfes ist für die nationale Sicherheit der USA von entscheidender Bedeutung. Falls erforderlich werden wir diese Interessen auch mit militärischer Gewalt verteidigen."

Das Pentagon hat deshalb (was nicht so sehr bekannt ist) den Globus in sechs Regionalkommandos und Verantwortungsbereiche für die sechs US-Flotten-Verbände aufgeteilt. Eines dieser Militärkommandos, das CENTCOM, ist direkt auf die US-Ölinteressen in der Golf- und der Kaspischen Region zugeschnitten. Neben dem Hauptquartier der



Fünften Flotte und der Seestreitkräfte in Bahrain betreibt das CENTCOM zahlreiche Militärbasen für Luft- und Bodentruppen in den Ölförderländern und entlang der Pipeline- und Tankerrouten.

### **Aber auch in Deutschland macht man sich inzwischen große Sorgen um die Sicherung der Energieversorgung.**

Unter dem Titel "PEAK-OIL - Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen" hat die Bundeswehr im Juli 2010 eine umfangreiche Studie herausgegeben, die sich mit dem Ende des Ölzeitalters befasst, mit den Konsequenzen für die westlichen Industriestaaten, mit der strategischen Bedeutung der Ressourcensicherung - und mit der daraus erforderlichen Ausrichtung der Bundeswehr. In dieser Studie werden die Folgen des Peak-Oil geradezu dramatisch und durchaus korrekt als eine Katastrophe für die ölbasierte Weltwirtschaft, für die Mobilität, für Container-, LKW- und Flugzeugverkehr, für die Chemie- und Kunststoffindustrie geschildert. "Mittelfristig", heißt es in der Studie, "bricht das globale Wirtschaftssystem und jede marktwirtschaftlich organisierte Volkswirtschaft zusammen."

Die internationale Gemeinschaft, aber auch jeder Einzelstaat, schreiben die Autoren, hätten "ein vitales Interesse an der Sicherung des Zugangs zu Öl". Heute sei dies "relativ leicht über den Weltmarkt möglich", eine Verknappung jedoch, und damit "eine starke Verteuerung des Erdöls stelle ein systemisches Risiko dar".

Deutschland und den westlichen Staaten, heißt es weiter, drohe ein dramatischer Einfluss- und Machtverlust bis hin zur Erpressbarkeit durch die Ölförderländer. Besonders bedrohlich sei vor allem, dass sich "neue oder wieder erstarkende regionale oder sogar globale Führungsmächte etablieren" werden. Sie würden die Peak-Oil-induzierte Verschärfung der Konkurrenz um Erdöl "zur Durchsetzung politischer, wirtschaftlicher oder ideologischer Ziele nutzen", was "massive Auswirkungen, insbesondere auf die Versorgungssicherheit der westlichen Industrieländer" hätte. Deshalb plädieren sie für "eine grundlegende sicherheitspolitische Interessendefinition". Im Zusammenhang mit Peak-Oil sei "Interessenpolitik mit Ausrichtung auf das Ziel der Versorgungssicherheit eine besondere Herausforderung für deutsche Sicherheitspolitik". "Eine klare Festlegung nationaler Interessen" "wird bei Eintreten des Peak-Oil von entscheidender Bedeutung für eine zielorientierte Außenpolitik sein." Voraussetzung für die Akzeptanz einer "stärker von Interessen geleiteten Sicherheitspolitik" sei "eine umfassende politische und gesellschaftliche Debatte". Nur dann könne "eine ressourceneffiziente und verantwortungsvolle Prioritätensetzung vorgenommen werden".

Die Autoren erklären zwar, dass sie "ausdrücklich nicht auf eine mögliche militärische Ressourcensicherung" orientieren, gleichzeitig warnen sie jedoch vor negativen Folgen auf die globale Projektions- und Interventionsfähigkeit der Bundeswehr und betonen die Notwendigkeit der Effektivierung staatlicher Instrumente zum Schutz und zur Sicherung der Ölinfrastruktur. Besonders wichtig dafür seien hochseefähige Marinekräfte für Geleit- und Schutzaufgaben und zur Offenhaltung internationaler Seewege.

Die Peak-Oil-Studie der Bundeswehr liefert sozusagen die wissenschaftliche Grundlage für den zukünftigen Energie-Imperialismus Deutschlands.

Im Wettlauf um die immer knapper werdenden Ressourcen geht es aber nicht nur um die sichere Versorgung der westlichen Staaten, sondern auch darum, die aufsteigenden wirtschaftlichen Konkurrenten vom Zugang zu den Energiereserven im Nahen und Mittleren Osten abzuschneiden. Zu dieser Strategie gehören die großen Pipeline-

projekte, die unter Umgehung Russlands die großen Öl- und Gasvorkommen rund um das Kaspische Meer in den Westen pumpen sollen: Die von westlichen Konsortien 2006 fertiggestellte Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline, die von der EU geplante Nabucco-Gaspipeline und die Turkmenistan-Afghanistan-Pakistan-Pipeline.

Nach Afghanistan und dem Irak ist das nächste Kriegsziel offensichtlich der Iran. Der Iran verfügt nicht nur über die zweitgrößten Ölreserven, sondern auch über die zweitgrößten Gasvorräte der Welt. Nicht das Atomprogramm, sondern seine Energieresourcen sind der eigentliche Grund für den Konfrontationskurs der USA und der EU-Staaten gegenüber dem Iran.

Ich komme zu den beiden Punkten, die im Vergleich zu früheren Beschlüssen neu in das Strategische Konzept aufgenommen wurden.

### **Die NATO-Raketenabwehr**

Als zentrale Aufgabe für die kommenden Jahre nennt die NATO den Aufbau eines flächendeckenden Raketenabwehrsystems für ganz Europa, an dem sich auch Russland beteiligen soll. Im Strategischen Konzept, das von allen NATO-Mitgliedsländern gebilligt wurde, steht die knappe Feststellung: "Wir werden die Fähigkeit entwickeln, um unsere Bevölkerungen und unser Territorium gegen einen Angriff mit ballistischen Flugkörpern zu verteidigen, was zur unteilbaren Sicherheit des Bündnisses beiträgt."

Auch hier wird wieder das Märchen von der Verteidigung bemüht. Tatsächlich dient die Raketenabwehr jedoch nicht dem Schutz vor Angriffen anderer Staaten, etwa von Seiten des Iran oder Nordkorea. Selbst wenn diese Länder jemals über eine Handvoll Atomsprengköpfe und die entsprechenden Trägerwaffen verfügen würden, wäre für sie ein Angriff gegen Europa oder die USA glatter Selbstmord, weil sie damit die totale Vernichtung ihres Landes durch die NATO-Mächte heraufbeschwören würden.

Aufgabe und Funktion des geplanten Raketenabwehrsystems ist der Schutz vor Gegenschlägen bei zukünftigen Angriffskriegen der USA oder der NATO-Staaten. Sie wollen sich unverwundbar machen. Eine funktionierende Raketenabwehr wäre quasi der Freibrief für Aggressionskriege gegen jeden denkbaren Gegner.

### **Die zweite Neuheit im Strategischen Konzept ist die beabsichtigte NATO-Kooperation mit Russland.**

Die Einladung an Russland, sich an der NATO-Raketenabwehr zu beteiligen, könnte der Einstieg für eine langfristig angestrebte "Strategische Partnerschaft" mit Russland sein, die insbesondere von den Herrschaftseliten Deutschlands und der EU befürwortet wird. Im neuen Strategischen Konzept der NATO steht jetzt: "Wir wünschen uns eine echte strategische Partnerschaft zwischen der NATO und Russland." Die politischen Beratungen sollen ebenso ausgebaut werden wie die praktische Zusammenarbeit.

Moskau zeigt seinerseits schon seit längerem Interesse an einer engeren Kooperation mit den NATO- und EU-Staaten. Der russische Präsident Medwedjew hatte bereits 2009 einen "Euro-Atlantischen Sicherheitsvertrag" der Staaten von Vancouver bis Wladiwostok vorgeschlagen. Auf der letzten "Münchener Sicherheitskonferenz" sagte der russische Außenminister Lawrow zur Erläuterung der Moskauer Initiative: "Wir können ein festes Fundament errichten für ein gemeinsames Vorgehen der USA, der EU und Russlands in den internationalen Angelegenheiten." Der jetzt in Lissabon verkündete

NATO-Beschluss kommt den Wünschen der russischen Führung weitgehend entgegen.

Schon heute demonstriert Moskau seine Bereitschaft, mit der NATO gemeinsame Sache zu machen. So hat Russland im sogenannten Atomkonflikt mit dem Iran nicht nur den von der US-Regierung initiierten Sanktionsbeschlüssen zugestimmt, sondern auch die vertraglich vereinbarte Lieferung von Luftabwehrraketen an den Iran gestoppt. Zudem sichert Russland mit dem in Lissabon erweiterten Transitabkommen den Nachschub für die NATO-Truppen in Afghanistan und liefert Hubschrauber an die vom Westen an der Macht gehaltene afghanische Marionettenregierung.

Diese Unterstützungsleistungen Moskaus tragen aber weder zu einer Entschärfung im Atomstreit mit dem Iran noch zur Beendigung des Afghanistankrieges bei. Mit einem möglichen NATO-EU-Russland-Pakt wäre zwar die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung zwischen der NATO und Russland beseitigt, alle anderen Länder der Welt sähen sich jedoch dadurch eher noch mehr bedroht als bisher. Eine erstrebenswerte Alternative zur NATO ist dieser Pakt mit Sicherheit nicht.

### **Zum Schluss noch ein paar Bemerkungen zur Umstrukturierung der Bundeswehr, die der frühere Militärminister Guttenberg als eine "radikale Erneuerung" bezeichnete.**

Pünktlich zum NATO-Gipfel in Lissabon hatte er "die Sicherung der Handelswege und der Rohstoffquellen" zur militärischen Aufgabe Deutschlands und der Bundeswehr erklärt. Und passend zur neuen NATO-Strategie hat unter seiner Regie die Bundeswehrführung ihr Strukturkonzept vorgelegt. Unter dem Titel "Vom Einsatz her denken" zielt die sogenannte "Wehrreform" auf "flexible und effiziente Streitkräfte", die "das ganze Spektrum von weichen bis hin zu harten Faktoren der Macht" beherrschen sollen. Thomas de Maizière, der jetzt die Geschäfte Guttenbergs übernommen hat, will die "begonnene Reform konsequent fortsetzen", eine "Reform", die auf effizientere Kriegsführung und keineswegs - wie viele glauben - auf die Reduzierung der Militärausgaben abzielt.

Das Konzept ist die konsequente Weiterentwicklung der Maßnahmen der Bundesregierung, die schon vor vielen Jahren begonnen wurden. Die Weichen für die "einsatzorientierte Ausrichtung der Bundeswehr" wurden bereits unter Militärminister Struck gestellt. "Landesverteidigung entspricht nicht mehr den aktuellen sicherheitspolitischen Erfordernissen", stand schon in den Bundeswehr-Richtlinien von 2003. Stattdessen sei die Bundeswehr heute "unverzichtbares Instrument, um die Interessen Deutschlands und seinen internationalen Einfluss zu wahren". Und im Bundeswehr-Weißbuch von 2006 steht: "Die Bundeswehr sichert die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands. Daraus ergibt sich eine strikt einsatzorientierte Ausrichtung der Bundeswehr. Sie ist so weiter zu entwickeln, dass die Streitkräfte uneingeschränkt im multinationalen Feld operieren können."

Entsprechend dieser Orientierung wurde die Bundeswehr auf weltweite Interventionsfähigkeit umstrukturiert. Sie gliedert sich:

1. in die *Einsatzkräfte*, das sind die Kampfverbände für die Auslandseinsätze (derzeit 35 000);
2. in *Stabilisierungskräfte*, das sind die Besatzungstruppen im Einsatzgebiet (derzeit 70 000) und

3. in die *Unterstützungskräfte*, das sind die Truppen hier in Deutschland, die Ausbilder, die Verwaltung und die logistischen Unterstützungskräfte für die Auslandseinsätze (derzeit 148 000).

Auch die militärischen Beschaffungsprogramme orientieren sich ausnahmslos am Bedarf für "out-of area"-Einsätze.

Bei den jetzigen Maßnahmen geht es ausschließlich um Effizienzsteigerung. Der Streitkräfteumfang wird auf 185 000 SoldatInnen reduziert. Die Wehrpflicht wird zwar nicht abgeschafft, aber ausgesetzt. Der Grund liegt ausschließlich darin: Die Wehrpflichtigen sind - weil sie nicht in Auslandseinsätze geschickt werden können - ein überflüssiger Kostenfaktor. Aus dem gleichen Grund werden auch beim zivilen Personal rund 27 000 Stellen eingespart, die für die Auslandsunterstützung nicht gebraucht werden. Um den Bundeswehrynachwuchs sicherzustellen, wird ein "Freiwilliger militärischer Dienst" im Umfang von 15 000 Stellen eingeführt mit der Verpflichtung der "Freiwilligen", an den Auslandseinsätzen der Bundeswehr teilzunehmen. Durch diese Einsparungen soll die Ausbildung und Bewaffnung der neuen Berufsarmee verbessert und eine größere Einsatzfähigkeit erreicht werden. Die derzeitige Fähigkeit, bis zu 7000 Soldatinnen und Soldaten im Ausland einzusetzen, soll sich, so die Bundeswehr-Strukturkommission, "durchhaltefähig wenigstens verdoppeln". Der neue Militärminister de Maizière will die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr vorerst nur auf 10 000 erhöhen.

Der einzige Zweck dieser sogenannten Wehrreform ist die Steigerung der Kriegsfähigkeit Deutschlands und der Bundeswehr.

Das entscheidende Instrument, um deutsche Großmachtansprüche zu verwirklichen, oder wie es in den Bundeswehrrichtlinien steht, "um die Interessen Deutschlands und seinen internationalen Einfluss zu wahren", ist jedoch heute in erster Linie die EU. Die Entwicklung der EU zu einer eigenständigen Militärmacht ist bereits seit Anfang der 1990er Jahre das zentrale Projekt deutscher Außenpolitik und wird seither von allen Bundesregierungen zielstrebig vorangetrieben.

Inzwischen hat Militärminister de Maizière neue "Verteidigungspolitische Richtlinien" (VPR) verkündet. Die Zielsetzungen für den weiteren Einsatz der Bundeswehr sind "geradezu atemberaubend völkerrechtsfrei", schreibt Conrad Schuhler in einem isw-Kommentar. Um die Bundeswehr in Marsch zu setzen, muss weder eine militärische Bedrohung noch eine völkerrechtswidrige Lage vorliegen, es genügt, "die transatlantische und europäische Sicherheit und Partnerschaft zu stärken". Die Stärkung des eigenen Bündnisses wird als ausreichender Grund für einen Militäreinsatz ausgegeben - barbarischer sei das eigene "Sicherheitsinteresse" nicht zu definieren. Krieg ist dann geboten, wenn er dem eigenen Interesse nützt. Kein Thema wird ausführlicher als Kriegsgrund behandelt als der freie Welthandel und der freie Zugang zu den natürlichen Ressourcen. "Risiken und Bedrohungen", heißt es in den neuen Richtlinien, entstehen aus "Verknappung von Energieträgern und anderer für Hochtechnologie benötigter Rohstoffe." "Zugangsbeschränkungen ..., Störungen der Transportwege und der Rohstoff- und Warenströme ... stellen eine Gefährdung für Sicherheit und Wohlstand dar ... Deshalb werden Transport- und Energiesicherheit und damit verbundene Fragen künftig auch für unsere Sicherheit eine wachsende Rolle spielen."

"Die Verteidigungspolitischen Richtlinien", heißt es zu Beginn der neuen Militärdoktrin, "beschreiben den strategischen Rahmen für den Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr." Mit Landesverteidigung hat, wie man sieht, dieser Auftrag rein gar nichts zu tun. Stattdessen werden unverblümt nackte Wirtschaftsinteressen zur zentralen Aufgabe der Bundeswehr erklärt.

Prof. Dr. Heinz Karl

## **Kontinuität und Wandel des Thälmann-Bildes<sup>1</sup>**

Nicht nur sein bevorstehender 125. Geburtstag gibt Anlass, sich Ernst Thälmanns zu erinnern. Als seinen Senf zur medialen "Kommunismusdebatte" gab neulich der Chefredakteur des Münchener *Focus* die Albträume zum besten, die ihn bei einer virtuellen "Reise durch Ostdeutschland" heimsuchen: "Da sind 596 Straßen nach Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht benannt. Der frühere KPD-Vorsitzende, Stalinverehrer und Demokratiefeind Ernst Thälmann gibt sogar 613 Straßen und Plätzen seinen Namen. Jedes Navigationssystem zeigt Ostdeutschland auch 2011 noch als Thälmann-Land."<sup>2</sup> Hier offenbart sich eine erzreaktionäre Geisteshaltung, gewürzt mit ordinärem bourgeoisen Klassenhass.

Warum diese Hysterie? Doch wohl offensichtlich deshalb, weil der klassenbewusste Arbeiter, konsequente Arbeiterpolitiker und unbeugsame Antifaschist Thälmann, der einzige vom Naziregime ermordete deutsche Parteiführer mit dem untrüglichen bourgeoisen Klasseninstinkt wahrgenommen wird als Streiter für eine grundsätzliche Alternative zum restaurativen großbürgerlichen Staat und zum kapitalistischen Gesellschaftssystem - weil das vom unbeirrbareren, *unbestechlichen* Kampf gegen die kapitalistische Klassenherrschaft geprägte Bild seiner revolutionären Persönlichkeit sich nicht im mindesten in das politische Wertesystem dieser Gesellschaft einordnen lässt.

Gerade dies aber war der Grund, warum der Teil Deutschlands, in dem für vier Jahrzehnte die Herrschaft des Kapitals beseitigt und um die Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft gerungen wurde, laut *Focus* ein "Thälmann-Land" wurde. Deshalb wandten sich die politische und theoretische Arbeit der SED, das geistig-kulturelle Leben der DDR dem Leben und Wirken Ernst Thälmanns zu, um daraus Erkenntnisse und Einsichten mit Vorbildwirkung zu gewinnen. In einem 1952 veröffentlichten Leseheft "Ernst Thälmann - der Organisator und Führer der revolutionären Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse" wurden u. a. seine Bemühungen um die Entwicklung der Einheitsfront und der Bündnispolitik, um eine richtige Behandlung der nationalen Frage und vor allem um den Kampf gegen die faschistische Gefahr herausgearbeitet. Bei der Einweihung der Gedenkstätte Ziegenhals am 7. Februar 1953 trug Walter Ulbricht im Rahmen seines Referates größere Teile der Rede Ernst Thälmanns am 7. Februar 1933 vor, insbesondere zur Auseinandersetzung mit dem Faschismus, zur Schaffung einer breiten antifaschistischen Einheitsfront und zur Präzisierung der strategischen Orientierung. 1956 legte Rudolf Lindau mit "Ernst Thälmann - Leben und Kampf" eine erste zusammenfassende Überblicksdarstellung vor, die auch im Konkreten von den nachweisbaren biographischen Tatsachen ausging und manche bisher verbreitete Vorstellung - zum Beispiel über die angeblich proletarische Herkunft Thälmanns - korrigierte.

## **Ergebnisse konkreter Forschung**

Wesentlich an Konturen gewann das Thälmann-Bild im Zusammenhang mit den intensiveren und breiteren Forschungen zur KPD-Geschichte, die mit dem Beginn der Arbeiten an der achtbändigen "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" 1962/63 einsetzten und u. a. 1979 zur Veröffentlichung der Thälmann-Biographie des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED führten. Es ging vor allem um die folgenden vier Schwerpunkte:

Erstmals konkret untersucht wurde die Formierung eines - im Unterschied zur bisherigen Entwicklung - relativ stabilen Führungskollektivs, das sich um Ernst Thälmann als seine stärkste und integrierendste Kraft gruppierte. Es wurde herausgearbeitet, dass es dabei um einen längeren, sehr widersprüchlichen und vor allem bis Sommer 1925 sehr komplizierten Differenzierungs- und Klärungsprozess ging. Es war vor allem der sehr unterschiedlichen und unübersichtlichen Quellenlage geschuldet, dass erstmals 1975 durch Stefan Weber quellenmäßig fundiert nachgewiesen werden konnte, dass Ernst Thälmann, der im Februar 1924 vom Zentralaussschuss zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden war, seit dem 9. Parteitag im April 1924 die Funktion des Vorsitzenden der KPD innehatte.<sup>3</sup> Die Kompliziertheit der Situation bis August 1925 bestand zum einen darin, dass in der Zentrale ultralinke und unter ihrem Einfluss stehende Kräfte die Mehrheit hatten. Zum anderen lag auch nach Wiedereinführung der Vorsitzenden-Funktion im Februar 1924 der Schwerpunkt der praktischen Führungsarbeit nach wie vor im Polbüro und Orgbüro, was deren Leitern (Arcady Maslow bzw. Ruth Fischer und Werner Scholem) zwangsläufig eine Schlüsselrolle verschaffte, obwohl sie formell dem Parteivorsitzenden untergeordnet waren. Definitiv gelöst wurde das Problem zum einen dadurch, dass die nach den Moskauer Verhandlungen am 28. August 1925 beginnende, am 1. September fortgesetzte und beendete ZK-Tagung beschloss, dass das Polbüro fortan vom Vorsitzenden des ZK geleitet wird. Zum anderen hatten die Moskauer Debatten dazu geführt, dass sich im ZK eine stabile Mehrheit um Thälmann gruppierte.

Zum **zweiten** wurde herausgearbeitet, dass sich seit dem Herbst 1925, verstärkt im Zusammenhang mit dem 11. Parteitag, zunehmend Elemente einer antiimperialistischen, antimonopolistischen Strategie (unter Losungen wie "Gegen Trustkapital und Bürgerblockdiktatur!", "Sturz des Bürgerblocks!") entwickelten; dass eine breite *demokratische* Tagespolitik und Massenarbeit betrieben; dass seit Herbst 1925 eine erfolgreiche Einheitsfrontpolitik (Fürstenenteignungskampagne!) durchgeführt wurde - seit Mitte 1926 infolge des verschärften antikommunistischen Kurses der SPD unter zunehmend schwierigeren und sich verändernden Bedingungen. Gleiches gilt für die antimilitaristische und Antikriegsarbeit.

**Drittens** wurden die Vorstellungen über die seit Ende der 20er Jahre rasch wachsende faschistische Gefahr und den Faschisierungsprozess vertieft. Weit über seine Zeit hinaus bedeutsam sind Thälmanns Betrachtungen darüber, wie die deutschen bürgerlich-junkerlichen Machteliten den Übergang von der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie zur faschistischen Diktatur vollzogen. Wie er nachweist, handelte es sich keineswegs um eine plötzliche, überraschende Ablösung der einen durch die andere Herrschaftsform - und schon gar nicht um eine "Machtergreifung", eine "Revolution" der Nazifaschisten -, sondern um einen allmählichen, schrittweisen, sich über Jahre erstreckenden Umwandlungsprozess.

Er zeigt dessen Mechanismus, der vor allem in einem immer engeren Zusammenspiel zwischen den Präsidialkabinetten Brüning, Papen und Schleicher - als Hebel einer schrittweisen Faschisierung des bürgerlichen Staates (wobei dessen weitestgehend reaktionärer Machtapparat eine höchst aktive Rolle spielte) - und der Nazi-Partei besteht. Die Konstellation, dass dabei "die faschistische Massenpartei nicht nur außerhalb der Regierung, sondern zur Zeit direkt in einer gewissen Scheinopposition bleibt, ist" - wie Thälmann im Februar 1931 schreibt - "durchaus neuartig und entspricht ganz spezifischen Bedingungen, unter denen der Faschismus in Deutschland heranwächst"<sup>4</sup>. Der Konservatismus erwies sich als eine Brücke zum Faschismus, als

dessen Wegbereiter und Bundesgenosse - die Grenzen zwischen ihnen waren fließend.

**Viertens** konnten umfangreiche Forschungsergebnisse über das intensive Ringen um die antifaschistische Einheitsfront - kulminierend in der Antifaschistischen Aktion - und um eine breite, schwerpunktmäßig *antifaschistisch* orientierte Bündnispolitik unter führender Beteiligung Thälmanns erbracht werden.

Im Zuge dieser Forschungen wurden zwei allgemeine Fortschritte erzielt: *Zum einen* wurden Thälmanns politische Aktivitäten und theoretische Leistungen konkret untersucht - und zwar quellenmäßig reich belegt. *Zum anderen* wurde eine kritische Sicht (entsprechend dem Erkenntnisstand der achtbändigen Geschichte) auf einige sowohl komplizierte als wichtige Probleme erarbeitet, wie das der strategischen Zielstellung, der "Sozialfaschismus"-These, der Taktik "Klasse gegen Klasse", der RGO-Problematik, des Preußen-Volksentscheids 1931.

### ... aber auch Defizite

Jedoch sind Defizite nicht zu übersehen.

**Erstens** kam es auch zu Vereinfachungen; zum Beispiel wurde die Herausbildung des Führungskollektivs um Thälmann (zweifellos ein Novum und eine wichtige positive Veränderung) übertrieben als "stabile marxistisch-leninistische Führung" dargestellt - als *erreichter optimaler* Zustand, was ja real nicht der Fall war und wohl objektiv auch gar nicht möglich war, stellt man die Momente der realen Entwicklung in Rechnung, wie

den Meinungsstreit über jähe und tiefgreifende Veränderungen in der Klassenkampfsituation und deren Konsequenzen, der - wie alle Erfahrungen zeigen - in der Regel mit Zuspitzungen verbunden ist;

die Herkunft der Parteikader aus unterschiedlichen, zum Teil konträren Strömungen und Organisationen;

das Aufeinandertreffen verschiedener Generationen mit unterschiedlichen Prägungen und Erfahrungshorizonten;

sich spontan herausbildende, sachlich motivierte oder regionale oder tradierte Gruppierungen.

**Zweitens** wurden innerparteiliche Auseinandersetzungen einseitig als etwas an sich Negatives dargestellt. Dabei war das Agieren *aller* in der Partei widerstreitenden Richtungen, Gruppierungen und *prominenten Persönlichkeiten* gekennzeichnet durch den Anspruch auf alleinigen Besitz der Wahrheit, durch Intoleranz, mangelnden Willen zum Konsens und zur Integration. Das verlieh allen innerparteilichen Debatten und Auseinandersetzungen eine besondere, objektiv nicht erforderliche Schärfe, förderte Sektierertum, Dogmatismus und doktrinäre Verbohrtheit, erleichterte auch das Eindringen stalinistischer Einflüsse. Vor allem erschwerte oder verhinderte es sogar immer wieder die Herausbildung echter kollektiver Führungsgremien.

**Drittens:** Da innerparteiliche Auseinandersetzungen *an sich negativ* gewertet wurden, stellten wir sie - sozusagen als "notwendiges Übel" - möglichst knapp und en passant dar. Infolgedessen wurden sie nicht konkret genug herausgearbeitet, keine hinlänglich ausführliche Gegenüberstellung der Positionen vorgenommen und keine konkret argumentierende Auseinandersetzung etwa mit Brandlers "Aktionsprogramm" oder Thalheimers Faschismus-Auffassungen geführt. Der *inhaltliche* Streit wurde zu wenig, seine *theoretischen* Grundlagen kaum sichtbar gemacht.

**Viertens:** Eine der ernstesten Schwächen bestand darin, dass die Einflüsse des Stalinismus stark unterbewertet wurden. Die Auseinandersetzung wurde auf die Kritik an einigen Thesen Stalins reduziert - der *Stalinismus* als Negation der Leninschen Ideen wurde nicht erkannt und dementsprechend auch nicht untersucht und dargestellt. Ich komme noch einmal auf dieses Thema zurück.

**Fünftens:** Eine wesentliche methodische Schwäche bestand darin, dass im Grunde ein überhöhtes Bild der Wirkungsmöglichkeiten der KPD, ihrer Kampfkraft und damit ihres möglichen Einflusses auf die deutsche Geschichte gezeichnet wurde. Von den wichtigsten handelnden Kräften - der herrschenden Klasse mit ihrem Machtapparat und ihren politischen und ideologischen Institutionen, der Sozialdemokratie mit den von ihr beherrschten Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen, schließlich der kommunistischen Bewegung - war letztere immer die mit Abstand schwächste (objektiv am meisten eingeschränkte) Kraft. Diese fundamentale Tatsache, dass das Handeln der KPD *immer* Interaktion mit anderen Faktoren, dass es *in der Regel* Re-Aktion auf das Agieren mächtigerer gesellschaftlicher Kräfte war, haben wir faktisch ausgeblendet.

**Sechstens:** Ein wesentlicher Mangel war es auch, dass die Behandlung der SPD und ihrer Politik ziemlich unkritisch war. Sebastian Haffner etwa war da viel weniger gehemmt. Das hatte seine Gründe - politische Gründe. Wenn auf dem 2. Plenum des ZK der SED 1963 das Referat Walter Ulbrichts unter dem Motto stand "Die große Vereinigung der Arbeiterbewegung ganz Deutschlands wird kommen" und Hermann Matern in der Diskussion seiner Gewissheit Ausdruck gab, dass er noch einmal mit Erich Ollenhauer in *einer* Partei sein werde, dann hatte das seine Konsequenzen für den Umgang mit der SPD in der achtbändigen "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung". Aus späteren Jahren sind uns noch die diversen "Brandt-Schutzwochen" in Erinnerung.

Das heißt die Auseinandersetzung mit der Politik, insbesondere mit dem antikomunistischen Kurs der SPD in der Weimarer Republik war sehr zurückhaltend - die Kompliziertheit des Verhältnisses KPD - SPD wurde nicht in ihrer ganzen Dimension und Tiefe deutlich gemacht.

Natürlich spielte die Persönlichkeit Ernst Thälmanns nicht nur in der Geschichtsforschung und -publizistik der DDR eine Rolle. Was die **BRD** angeht, so dominierten natürlich antikommunistische Klischees und Manipulationen. Aber es gab auch - vor allem aus der DKP, der VVN und anderen linken Kreisen - durchaus sachliche Äußerungen zum Thema. Hervorzuheben ist die 1975 bei Rowohlt erschienene Publikation des Historikers Hannes Heer "Ernst Thälmann in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten", die eine interessante und anregende Darstellung des Lebens und Wirkens Thälmanns aus antikapitalistischer und antifaschistischer Sicht gibt.

## Nach 1989/90

mussten wir uns vor allem in zwei Richtungen überprüfen:

**Erstens** mussten und müssen wir klarer herausarbeiten, dass natürlich auch Ernst Thälmann in den Widersprüchen seiner Zeit steht und in diesen zu sehen ist, dass auch sein Wirken das KPD-Erbe in seiner Widersprüchlichkeit reflektiert - einer Widersprüchlichkeit, die wir in der Vergangenheit nur unzulänglich herausgearbeitet und



häufig verdrängt haben. Das beeinträchtigte den Erkenntniswert unserer Arbeiten und machte auch unser Thälmann-Bild nicht überzeugender. Hier sind Erweiterung des Horizonts, allseitigeres Herangehen und viel Nachdenken vonnöten. Eilfertiges Abschwören gewonnener und vertretener - und bisher nicht widerlegter - Erkenntnisse, "Gelenkigkeit im Umlernen" und die beflissene Übernahme altehrwürdiger antikommunistischer Klischees werdend dabei allerdings nicht weiterhelfen.

Auch dieses Erbe müssen wir uns kritisch aneignen, was auch die Auseinandersetzung mit der Rolle, dem Einfluss des Stalinismus in der KPD und im Wirken Thälmanns einbegreift. Aber kritisch heißt nicht fremdbestimmt, und auch nicht kleinkariert mit spießbürgerlichen Maßstäben.

**Zweitens** galt es, die ideologischen und organisatorischen Entwicklungsprozesse der kommunistischen Bewegung differenzierter zu erfassen und die *stalinistischen* Einflüsse konkret und *in ihrer realen Dimension* herauszuarbeiten. So ging es um den ideologisch-theoretischen Prozess, den die Komintern als "Aneignung des Leninismus" charakterisierte. Als "Leninismus" oder "Marxismus-Leninismus" wurde weitgehend nicht das originäre Leninsche Gedankengut propagiert, sondern dieses im Sinne der politischen Vorstellungen und Ambitionen Stalins verkürzt, verzerrt, vulgariert, verfälscht und vor allem dogmatisiert (besonders dreist hinsichtlich der Parteauffassung). Eine Folge waren gefährliche Theoriedefizite, zum Beispiel bei der Analyse der Rolle der Sozialdemokratie oder des bürgerlichen Staates und der bürgerlichen Demokratie.

Folgeschwer war die in Gang gesetzte Veränderung des Parteityps nach sowjetischem, zunehmend stalinistisch geprägtem Vorbild: die Durchsetzung zentralistischer Leitungsstrukturen und -methoden, durch die sich - trotz wachsender Aktivität an der Basis - das Schwergewicht von politischer Meinungsbildung und Entscheidung immer mehr in die zentralen Gremien und deren Apparat verlagerte und diese der Basis gegenüber als autoritative "Führung" wirkten.

Es galt, die Widersprüchlichkeit der sich in der KPD vollziehenden politischen, ideologischen, organisatorischen und psychologischen Prozesse zu erfassen und zu reflektieren. Veränderungen, mit denen objektiven Erfordernissen der Entwicklung der Arbeiterbewegung entsprochen wurde, und damit verbundenes Erstarken und wachsendes politisches Gewicht der Partei gingen eben einher mit der erwähnten Ausbreitung stalinistisch geprägter Leitungsstrukturen und -methoden, entsprechender ideologisch-theoretischer Positionen und Verhaltensmuster. Dazu gehörte die verengte Auffassung gesellschaftlicher Umgestaltungen hauptsächlich als Machtproblem, der Machtfrage selbst als Problem staatlicher (einschließlich bewaffneter) Gewaltanwendung; die aus diesen Sichtweisen resultierende Unterschätzung der Demokratie als grundlegendes, unverzichtbares Prinzip jeder sozialistischen Gesellschaftsorganisation und als sozialistische Verhaltensnorm; die blinde, kritiklose Einstellung zum sowjetischen Staats- und Gesellschaftsmodell und seiner Realisierung. Auch in der KPD verstärkte sich der Hang zur schematischen Übernahme sowjetischer Erfahrungen und Lösungsansätze, was sich auch in den Arbeiten Thälmanns widerspiegelt.

War die KPD also eine stalinistische Partei? Ihr Vorsitzender ein Stalinist? Diese Frage einfach zu bejahen würde bedeuten, von der Motivation ihrer Mitglieder, Organisationen und Leitungsgremien, von ihrer grundlegenden politischen Orientierung, von ihrem realen Kampf zu abstrahieren. Stalinistisch deformierte Strukturen, stalinistische

ideologische Einflüsse und politische Einwirkungen beeinflussten Entwicklung und Wirken der KPD negativ, konnten aber nicht ihren Charakter, ihre Rolle in der deutschen Gesellschaft bestimmen.

Die Politik der KPD wurzelte primär in den deutschen Klassenauseinandersetzungen. Ihr Inhalt wurde zum allergrößten Teil durch die Bedürfnisse und Aktivitäten werktätiger Massen in Deutschland bestimmt - sonst hätte sie diese Massen nicht ergriffen und bei ihnen eine *unentwegt wachsende Akzeptanz* gefunden. Mit ihrem außerparlamentarischen und parlamentarischen Kampf auf ausnahmslos allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, der Millionen erfasste und bewegte, verfocht die KPD tagtäglich Klasseninteressen, Volksinteressen, bewährte sie sich als Arbeiterpartei, als sozialistische Kraft, stand sie ganz in der Tradition der revolutionären Partei August Bebels und setzte deren Werk fort. Dies alles fand prägnanten Ausdruck im Wirken Thälmanns, der an dieser Entwicklung der KPD entscheidenden Anteil hatte.

Es gibt vielfältige Versuche, diese historische Realität zu vernebeln, tendenziös zu entstellen oder ungeniert zu verfälschen. Pate steht dabei in der Regel, so oder so, Hermann Webers krude "Stalinisierungs"-Schablone. Ich gehe heute, im Rahmen dieser einleitenden Bemerkungen, darauf im Einzelnen nicht ein, da ich mich vor einiger Zeit - vor allem anhand zweier Publikationen<sup>5</sup> - dazu ausführlich und sehr konkret geäußert habe.<sup>6</sup>

Insbesondere auch zur Auseinandersetzung mit diesen Fehlinterpretationen und Verfälschungen des Wirkens Ernst Thälmanns haben Eberhard Czichon und Heinz Marohn in ihrem kürzlich erschienenen "Thälmann-Report"<sup>7</sup> umfangreiches, beweiskräftiges neues Material erschlossen.

### Anmerkungen

1 Einführung auf der Donnerstag-Veranstaltung des Arbeitskreises in Berlin-Weißensee am 17. Februar 2011.

2 junge Welt, 18. Januar 2011.

3 Vgl. St. Weber: Zur Herausbildung des marxistisch-leninistischen Zentralkomitees der KPD unter Ernst Thälmanns Führung. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 4/1975, S. 615 ff., bes. S. 624.

4 E. Thälmann: Die KPD im Vormarsch. In: Zur Machtfrage. Reden, Artikel und Briefe 1920 - 1935, Berlin 1982, S. 288.

5 Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin. Hrsg. v. Hermann Weber u. Bernhard H. Bayerlein, (Berlin 2003); Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas, Klaus Kinner: LUXEMBURG oder STALIN. Schaltjahr 1928 - Die KPD am Scheideweg, Berlin (2003).

6 Vgl. H. Karl: Geschichte der KPD im Spiegel gegenwärtiger Geschichtsschreibung. In: Geschichtskorrespondenz, Herbst 2008, S. 5 - 12.

7 Eberhard Czichon/Heinz Marohn unter Mitarbeit v. Ralph Dobrawa: Thälmann. Ein Report, Bd. 1 u. 2, Berlin 2010.

### **Donnerstag-Veranstaltungen des Arbeitskreises**

In Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24, *Bildungsverein am Kreuzpfuhl*  
(am Pistoriusplatz), Beginn: 16.00 Uhr

15. September: Hitlerdeutschland und die Sowjetunion 1939 - 1941  
(Mit Prof. Dr. Horst Schützler)
20. Oktober: SPD im Strudel von Weltwirtschaftskrise und faschistischer Gefahr  
(Mit Prof. Dr. Heinz Niemann)
17. November: Chinas Kampf um eine neue Welt  
(Mit Prof. Dr. Helmut Peters)
8. Dezember: Massenaktivitäten und Wahlergebnisse 2011 - eine linke Bilanz  
(Mit Dr. Hans Modrow)

### **Druckfehlerberichtigung**

*In der Nr. 2/17. Jg., Mai 2011, wurde versehentlich ein Absatz weggelassen. Er ist nach dem 6. Abschnitt (endend: auf dem Gebiet der Kultur.) einzufügen und lautet wie folgt:*

Aber ich gebe den Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik meine uneingeschränkte ernste Zustimmung. Sie hat mit diesen Maßnahmen, wie sich bereits zeigt, den Antiglobkestaat gefestigt, sie hat einen großen Schritt vorwärts getan zur Erreichung eines Friedensvertrages, der das dringendste Anliegen ist, weil er allein angetan ist, den gefährlichsten Staat der Welt, die Bundesrepublik, auf ihrem aggressiven Weg zu bremsen.

*(Der folgende Absatz beginnt: Ich erinnere mich ...)*

# Einladung

In Berlin findet am

**Sonnabend, dem 8. Oktober 2011**

eine **Konferenz** zum Thema

## **Das Erfurter Programm 1891. Historische Wirkung und aktuelle Bedeutung**

statt. Zu ihr laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von **10.30** bis 18.00 Uhr.

**Tagungsort:** Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*  
Hagenstr. 57  
(Nähe S- und U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg)

### **Vorträge:**

*Dr. sc. Robert Steigerwald*  
Das Erfurter Programm und die SPD

*Prof. Dr. Eckhard Trümpler*  
Zu programmatischen Grundlagen der SED

*Klaus Höpcke*  
Grundpositionen des Erfurter Programms und die Programmatik der LINKEN

*Prof. Dr. Nina Hager*  
Grundpositionen des Erfurter Programms und die programmatische Debatte in der DKP

Für die Vorträge stehen jeweils 30 Minuten zur Verfügung, für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

### Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079  
Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574